
3. Quartal 1999 Nr. 32
ZAG
antirassistische zeitschrift
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F
6 DM



Postvertriebsstück A 12057 F - Gebühr bezahlt
04
Infoladen Leipzig
Koburger Str. 3
04277 Leipzig

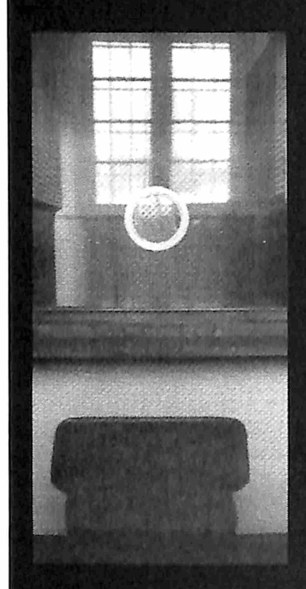
INHALT

Die ZAG hat stets Interesse an Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylrechts...“ beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin:
Antirassistische Initiative e.V.
Redaktion
Albert, Elke, Jürgen, Kathrin, Markus, Tilmann, Tobias und Anja, Claudia, Ralf
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
email:
zag@mail.nadir.org
homepage:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/zag
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Peter Finger
Layout
face it!
Titelmontage
face it!
Druck
Eindruck Berlin

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 10.11.99
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 15.12.98


ein
Held
ein
Schicksal
EPISODE ∞



Anatomie einer Lüge

Mumia Abu-Jamal, August 1999, from Death Row SCI Greene

Auch wenn der Oberste Gerichtshof der USA, das Supreme Court, bisher noch nicht über Mumias Wiederaufnahmeantrag entschieden hat, wollen seine UnterstützerInnen nicht einfach passiv abwarten: Es ist relativ klar, dass das Gericht Mumias Antrag ablehnen wird, was wiederum dem Gouverneur von Pennsylvania die Handhabe gibt, einen neuen Hinrichtungsbefehl zu unterschreiben. Für diesen Fall bereiten Mumias Anwälte Anträge auf der Bundesgerichtsebene vor, die zu einer Aussetzung des Hinrichtungsbefehls führen sollen – und wohl auch werden, da Mumia seine Berufungsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft hat. Damit das Ganze nicht ungehindert von statten geht, ist die letzte Septemberwoche zur „Mumia Awareness"-Woche erklärt worden. In dem Maße, wie die gesellschaftliche Breite der Unterstützung für Mumia in den USA zunimmt, ist auch die Medienhetze gegen Mumia erneut aufgeflammt. Im August haben sich die Desinformationsstrategen etwas Neues einfallen lassen.

Ein 47jähriger Hilfslehrer erklärt, dass er gehört habe, der ehemalige Black Panther Mumia Abu-Jamal habe zugegeben, einen Polizeibeamten in Philadelphia ermordet zu haben. Die Zeitschrift Vanity Fair bringt ein Interview mit Philip Bloch, der einem Reporter mitteilt, dass ihm Jamal dieses Geständnis bei einem Besuch im Winter 1992 im Gefängnis von Huntingdon gemacht habe. Die FOP lobt Blochs „Mut", und die Staatsanwaltschaft in Philadelphia erklärt das Interview zum Beweis für Jamals Schuld. Über eine Woche lang brachten die Zeitungen in diesem Sommer balkendicke Überschriften dazu, und Talkshows machten ihr Geschäft mit dieser Geschichte. Die Tratsch- und Klatschendung des Disneysenders ABC 20/20 nannte sie eine „signifikante Entwicklung" im Fall Jamal, und rührte fleißig die Werbetrommel für den neuen „Zeugen", einen Mann, der behauptet, er sei ein enger persönlicher Freund Jamals gewesen.

In einem erstaunlichen Abschied von jeglichen journalistischen Standards, machte sich keine der sogenannten „Nachrichten-Shows" die Mühe, mich zu diesem Märchen zu befragen oder bei der Pennsylvania Prison Society nachzufragen, der Gruppe, bei der Bloch für die kurze Zeit, in der er Gefangene in den Knästen von Pennsylvania besuchte, Mitglied war. Statt dessen rissen sich die Zeitungen und andere Medien um die Chance, mit dieser „neuen, heißen Geschichte" ihre Auflagen und Zuschauerquoten in die Höhe zu treiben. Selten ist an eine Lüge so viel Tinte, Filmmaterial und Papier verschwendet worden. Einmal rein hypothetisch angenommen, Bloch würde die Wahrheit sagen. Hat man jemals gesehen, dass die Polizei einen Verräter so herzlich aufnimmt? In Wahrheit hassen Polizisten Verräter, das sollte spätestens nach den Polizeibrutalitätsprozessen klar geworden sein, in den Polizisten ihre Kollegen mit ihren Aussagen belastet haben. Die Polizeibeamten, die als Zeugen in dem brutalen Übergriff gegen Abner Luoima in New York auftraten, wurden keineswegs für ihren „Mut" gelobt.

Bloch behauptet, ich sei „ein enger persönlicher Freund" von ihm gewesen, trotzdem gibt er zu, dass ich seine Briefe jahrelang unbeantwortet gelassen habe. Wenn sein Märchen wahr wäre, wäre er dann nicht einfach ein Verräter? Davon abgesehen: Bloch hat kein einziges wahres Wort gesagt. Aber, um noch einmal alle Seiten auszuleuchten, laßt uns noch die Frage stellen, warum er denn, wenn er tatsächlich die Wahrheit gesagt hätte, in einem Brief an mich im Juli 1993 – also sechs Monate nach meinem angeblichen „Geständnis" die folgenden Sätze schrieb: „Ich habe neulich den Film ‚Incident at Oglala' gesehen. Nachdem die Mitangeklagten von Leonard Peltier durch die Geschworenen freigesprochen worden waren (in einem abgetrennten Prozeß), behauptete das FBI in einem Interview, die Geschworenen wären von den Indianern eingeschüchtert worden. Dann interviewten die Filmemacher den Sprecher der Geschworenen – und er sagte, dass niemand in der Jury jemals einen Indianer gesehen hätte und die Behauptungen des FBI falsch seien. Anschließend sagte der Geschworene noch vor der Kamera: ‚Ich dachte, dass uns die FBI-Agenten alle umbringen würden, nachdem der Freispruch vorgelesen wurde'."

Siehst Du, es ist doch möglich, Gerechtigkeit von einer Jury zu bekommen – nicht immer, aber manchmal. Das heißt, ich denke, wenn Du ein neues Verfahren bekommst, gibt es gute Chancen für einen Freispruch." (7. Juli 1993, Brief von Philip Bloch an mich.)

Die Frage ist doch: Warum hätte Bloch an mich über ein neues Verfahren und Freispruch schreiben sollen, wenn ich ihm gegenüber ein „Geständnis" abgelegt hätte. Die Antwort ist einfach: Weil es kein Geständnis gab. Punkt. Mr. Bloch wußte das sechs Monate nach dem angeblichen „Geständnis", was bedeutet, daß er jetzt schlicht lügt. Hat Bloch, genauso wie die Polizeibeamten im sechsten Polizeibezirk in Philadelphia, dieses „Geständnis" einfach „vergessen" ? Ich weiß es nicht, und um ehrlich zu sein, ist es mir auch egal, warum er jetzt mit dieser Geschichte an die Öffentlichkeit geht. Vielleicht ist er frustriert darüber, daß er immer noch Hilfslehrer ist und verspricht sich einen Karrierekick von seinen neuen Freunden. Vielleicht sucht er auch nur das warme Licht der Fernsehscheinwerfer. Wer weiß? Wen interessiert das schon? Vielleicht ist er auch kein Verräter, sondern einfach nur ein Lügner. Aber die ganze Geschichte zeigt vor allem eins: Wie tief Journalismus sinken kann.

Der Stich ins Wespennest

Eine brandenburger antirassistische Jugendinitiative fordert eine Positionierung

Nach sich häufenden Übergriffen im Sommer 1998 auf Flüchtlinge, Aussiedler und vermeintliche AusländerInnen wurde einigen bernauer Jugendlichen klar – hier muß etwas geschehen, praktisch und abseits von wirkungslosen Appellen zu Zivilcourage, Toleranz etc., den hilflosen Bittrufen der Regierenden an die eigene Bevölkerung, die in den Weiten der brandenburger Heide verhallen, weil sie niemanden in die Pflicht nehmen und keine Ursachen benennen.
Unerträglich empfanden die Jugendlichen, daß in brandenburger Städten rassistische Übergriffe normal geworden und von der Bevölkerung zumindest durch Wegschauen akzeptiert sind.
Es mußte eine Aktionsform gefunden werden, die dort ansetzt wo der rassistische Konsens wärmstens aufgehoben ist. In der Mitte der Gesellschaft, bei der Stütze des Systems, den (Klein)Bürgerinnen und Bürgern. Hier sollten zumindest humanistische und zivilisatorische Grundwerte abrufbar sein und für eine antirassistische Initiative nutzbar gemacht werden. Nötig, weil sich die TäterInnen nur allzuoft als „der verlängerte Arm des gesunden deutschen Volkswillens" empfinden und sie sich durch die Ignoranz der BürgerInnen gegenüber den Opfern bestätigt sehen.



Die Idee zur Aktion „Noteingang"

Anknüpfend an ähnliche Aktionen in Berlin entwickelten sie die Idee zur Aktion „Noteingang". Eine Aktion die primär zum Ziel hat, Betroffenen von faschistischer und rassistischer Gewalt einen Schutzraum anzubieten. Dabei wendet sich die Initiative an BetreiberInnen von öffentlichen Einrichtungen, Einzelhandelsgeschäften, Kneipen etc. An alle Einrichtungen, die öffentlich zugänglich sind und somit auch den öffentlichen Raum darstellen, genau den, wo am hellichten Tag Rassisten und Faschisten ihre Opfer anpöbeln, bedrohen, erniedrigen und verletzen.
Die Angesprochenen werden gebeten, gut sichtbar an ihrer Einrichtung einen Aufkleber mit der Aufschrift: „Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen" in drei Sprachen anzubringen. Abgebildet ist auch die von Notausgangschildern bekannte Figur, die sich diesmal jedoch in eine Tür flüchtet. Gleichzeitig mit der Übergabe werden die LadenbesitzerInnen mit Telefonnummern von antirassistischen Organisationen zur Weitervermittlung von Opfern, sowie Verhaltenshinweisen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen versorgt.
In der Praxis sah es so aus, daß die AktivistInnen der Aktion mit den einzelnen LadeninhaberInnen, Verantwortlichen etc. persönliche Gespräche führten, die Aktion vorstellten und um ihre Mitwirkung baten. Dabei wurde auch ein Fragebogen überreicht, der den Angesprochenen ermöglichte, sich zu der Aktion zu äußern, ihre Gründe für ein Anbringen/Nichtanbringen des Aufklebers, ihre Motive Betroffenen zu helfen bzw. nicht zu helfen zu nennen und darzulegen, welchen Personengruppen sie Unterstützung zukommen lassen und welchen sie diese verweigern würden.

Aktion „Noteingang“ sucht Bündnisse

Getragen wurde die Aktion in den meisten Städten von Jugendgruppen und Jugendinitiativen, teilweise aus selbstverwalteten und selbstbestimmten Projekten mit emanzipatorischem Anspruch die im Demokratischen Jugendforum Brandenburg e.V. zusammengeschlossen sind. Um die Aktion in einer breiten Öffentlichkeit unter Einbeziehung vieler sich „gegen Rechts“ positionierender Kräfte in den Kommunen durchführen zu können, begaben sich die Gruppen auf die Suche nach BündnispartnerInnen. Diese war meist mühsehlig und davon gekennzeichnet, daß oft nur über den durch das Medieninteresse auf-

AKTiON
NOTEiNGANG

gebauten Druck die Jugendinitiativen bei kommunalen Verantwortungsträgern Gehör fanden. Wie zum Beispiel der schwedter Bürgermeister Peter Schauer (SPD). Als überzeugter Gegner antifaschistischer Aktivitäten sah er sich genötigt voranzugehen und rund um sein Rathaus eine ganze Galerie von Noteingangaufklebern zu befestigen. Sein Kommentar war auch, dies sei das letzte mal, daß er etwas mit/für die „Antifa“ mache. (Danke Herr Schauer). In den wenigsten Fällen fanden sich Bündnisse und die Jugendinitiativen blieben meist isoliert.

Reaktionen

Die Diskussionen mit potentiellen BündnispartnerInnen wurden in allen Städten über die ähnlichen Fragen geführt. Warum z.B eine Aktion „nur“ gegen faschistische und rassistische Gewalt? Wieso sollen die Gewerbetreibenden für eine verfehlte AusländerInnenpolitik verantwortlich gemacht werden? Wer bezahlt denn die eingeschmissenen Schaufensterscheiben? ...

Erschreckend die Argumentation des Bürgermeisters Hubert Hanke (CDU) der Stadt Bernau. Nicht nur, daß er den bernauer städtischen Einrichtungen verbot sich an der Aktion zu beteiligen, er fand es auch als gegen die Aktion sprechend, daß sie einen symbolischen Charakter habe, der mit einer politischen Positionierung einhergehe. Dies ließe sich mit seiner Position als Bürgermeister nicht vereinbaren. Er meinte auch der Aufkleber sei mißverständlich formuliert und assoziiere, man bekäme in der Einrichtung 24 Stunden Hilfe und Information. Das könne zu Irritationen unter Betroffenen führen. Und außerdem sei ihm der Gewaltbegriff zu eng gefaßt, all die Gewalt gegen Kinder und Frauen z.B. in der Familie und auch die linksextremistische müßte doch beachtet werden.

Der Effekt war, daß all jene die sich unsicher in Hinblick auf eine Beteiligung waren oder sich der Aktion entziehen wollten nun auf die Position des Bürgermeisters berufen konnten, beziehungsweise durch seine öffentlichen Verlautbarung stark beeinflußt waren. Teilweise wurden auch Aufkleber wieder entfernt. Nur selten wurden die Chancen der Aktion gesehen, einen Stimmungs- und Klimawechsel in die Städte und Gemeinden zu tragen und den Druck auf die TäterInnen zu erhöhen.

202 Aufkleber wurden angebracht

In 13 Städten wurden 909 Einrichtungen aufgefordert, sich an der Aktion Noteingang zu beteiligen. Dabei waren 458 bereit den Fragebogen auszufüllen und 202 Aufkleber wurden angebracht (Stand vom 1. August '99). Gut zwei Drittel der Aufkleber befinden sich an Einzelhandelseinrichtungen, ein Viertel an öffentlichen Einrichtungen und der geringere Teil an sonstigen Einrichtungen wie Restaurants, Tankstellen o.ä. Die meistgenannten Gründe für ein Nichtanbringen des Aufklebers waren, so die Fragebogenergebnisse, Angst vor Reaktionen Rechtsextremer und vor Kundenverlust!

Bei dem Gang durch die Läden wurde deutlich, daß viele der Angesprochenen es als unangenehm empfanden, sich öffentlich gegen Rassismus bzw. gegen rassistische und faschistische Gewalt zu positionieren.
Jetzt plötzlich kamen da Leute daher und zeigten ihnen ein klares Handlungskonzept auf, wie sie die so oft geäußerte Abscheu, die auch der Landesvater nicht müde wird seinen Landeskindern anzudichten, gegenüber Gewaltakten an ImmigrantInnen, linken Jugendlichen etc. in eine praktische Tat umsetzen können. Äußerungen wie „An Aktionen für Ausländer beteilige ich micht nicht!“, „Bei mir kaufen auch Arbeitslose, wie soll ich denen erklären, daß ich denen helfe die ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen?“, „Mit solchen Sachen polarisiert ihr doch nur unsere Gesellschaft, hört endlich auf damit!“, „Persönlich teile ich ja das Anliegen, aber mein Geschäft möchte ich da nicht mit reinziehen.“, „Aktion Noteingang? Raus aus meinem Laden!“ waren nicht die Regel aber auch keine seltene Situation, mit der die AktivistInnen konfrontiert wurden. Oft „retteten“ sich FilialleiterInnen vor einer Positionierung, indem sie auf die Entscheidungskompetenz der Hauptvertretung hinwiesen, oder auf den abwesenden Chef, der sich die darauffolgenden Tage verleugnen ließ.

Fazit

Im Fazit der Auswertungsbroschüre zur landesweiten Aktion Noteingang heißt es dann auch: „Die ‚Aktion Noteingang' war von uns gedacht als ein Angebot. Und das in zweierlei Hinsicht: Einmal als Angebot eines möglichen Schutzraumes für von rassistischer und faschistischer Gewalt Betroffene, andererseits aber als Angebot an die befragten Geschäftsleute und VertreterInnen öffentlicher Institutionen, sich zu diesem Problemfeld zu positionieren. Es fehlt – das darf und muß abschließend gesagt werden – sehr weitgehend an einer solchen Bereitschaft zur Positionierung. Von einem offensiven und praktischen Herangehen, das zur Überwindung von rassistischen und faschistischem Gedankengut und entsprechender Praxis auf den Straßen in unseren Städten und Dörfern beiträgt, sind wir gar meilenweit entfernt."

Eine erste Auswertung der landesweiten Aktion erfolgte auf der 1. Konferenz des Jugendbündnisses Aktion Noteingang am 28. August 1999 an der Viadrina-Universität in Frankfurt/ Oder. Dort wurde auch die Broschüre mit ausführlichen Städteberichten und den statistischen Ergebnissen der Fragebogenaktion vorgestellt.

Knut Steinkopf (Aktion Noteingang)

Die Auswertungsbroschüre kann für 4,– DM bezogen werden. Kontakt und Bestelladresse: c/o DOSTO, Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau, Tel./Fax: 0 33 38-55 90, email: noteingang@bernau.net

Per spek tive: Opfer

Brandenburger Projekt „Opferperspektive" stellt vorerst die Arbeit ein. Zugesprochene Förderung wird nicht bewilligt.

Weil seit Mitte Februar das Projekt „Opferperspektive" keine Finanzierung mehr erhält, sahen sich die Mitarbeitenden gezwungen, zumindest vorübergehend die Arbeit „auf Eis" zu legen. Anfang März wurde dem Projekt noch mündlich eine Weiterfinanzierung zugesichert. Die Mitarbeiter/innen führten daraufhin ihre Arbeit „ehrenamtlich" weiter. Dann wurden weitere Nachfragen bzgl. des Antrages abgeblockt und nun stellt sich heraus: Da gegen einen Mitarbeiter des Projektes ein Ermittlungsverfahren anhängig sei, will das Brandenburger Justizministerium das Projekt nicht mehr fördern.

Die Initiative „Opferperspektive – Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg" wurde im Mai 1998 gegründet. Die Konzeption sah vor, „Menschen, die aus rechtsextremen oder rassistischen Motiven angegriffen worden sind, bei der Bewältigung der damit verbundenen Folgen zu helfen. Dazu gehört einerseits die Sicht der Angegriffenen in einer möglichst großen Öffentlichkeit zu vermitteln und andererseits zusammen mit Initiativen und Einzelpersonen vor Ort Perspektiven zu entwickeln. „Unsere Unterstützungsarbeit beinhaltet für die Angegriffenen das Angebot selbst aktiv zu werden, anstatt sich in der Rolle eines Opfers einzurichten. Die Zielrichtung unserer Arbeit steht insofern im Gegensatz zu den in der Gesellschaft überwiegenden Diskursen und den daraus entwickelten Handlungskonzepten, die sich überwiegend mit den Tätern auseinandersetzen." (Interview mit Antifaschistisches INFO-Blatt; AIB Nr. 48, 1999)

„Für dieses Ziel bezogen wir, wo immer es ging, das unmittelbare Umfeld der Opfer in die Unterstützung ein, sowie versuchten, lokale Initiativen für eine praktische Solidarität anzusprechen. Unsere Hoffnung war, dass so Solidarisierungsprozesse mit den Opfern ausgelöst und gefördert werden. (...) Wir erwarteten, dass aus solchen Erfahrungen der praktischen Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt ein handlungsfähiges Netzwerk entstehen könnte, das der Ausgrenzung von Minderheiten praktisch entgegenwirkt und sich um ihren Schutz kümmert. Gleichzeitig erwarteten wir, dass Prozesse der Entsolidarisierung mit den Tätern und den ihnen zugrundeliegenden rassistischen und rechtsextremen Einstellungen gefördert würden." (Aus der Erklärung: Projekt „Opferperspektive" stellt Arbeit vorerst ein; 27.07.99)

Im Mai wurde den Mitarbeiter/innen bei einem Treffen mit dem Leiter der Abteilung Staatsanwaltschaften im Justizministerium und Almuth Berger (Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg) mitgeteilt, daß die Namen von zwei Projektmitarbeitern in Ermittlungsakten der Bundesanwaltschaft genannt würden; in Zusammenhang mit Anschlägen im Bereich „Anti-Olympia" und „Hakenkrallen gegen Castortransporte". Sie sollen zumindest dem Personenkreis nahestehen und solange diese Vorwürfe nicht entkräftet seien, wolle das Justizministerium das Projekt nicht fördern. Nachgelegt wurde noch, daß wenn von Seiten des Projektes die Öffentlichkeit darüber erfährt, eine Förderung gleich ganz vergessen werden könnte. Soweit zu Vorverurteilungen. „In der Gewissheit, dass die Verdächtigungen entkräftet würden, setzten wir unsere Projektarbeit fort." (ebd.)

Anfang Juli kündigte die „Opferperspektive" an, daß sie die Hintergründe der Nichtfinanzierung an die Öffentlichkeit geben wolle. Obwohl das Ermittlungsverfahren schon seit Anfang 1997 läuft, führte das Bundeskriminalamt in diesem Zusammenhang just am 6. Juli 1999 bundesweit Hausdurchsuchungen, auch in der Wohnung eines Projektmitarbeiters, durch. Ihm wurde eröffnet, daß er und drei seiner Mitbewohner Beschuldigte in einem Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) seien. Der Vorwurf bezieht sich auf Anschläge gegen die Bahn im Oktober 1996. Beschlagnahmt wurden bei ihm hauptsächlich Unterlagen der „Opferperspektive"; Notizbücher mit Aufzeichnungen aus Gesprächen mit Opfern, Adreßbücher, Terminkalender und das elektronische Archiv mit Berichten des Projektes.

„Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Vertreter des beschuldigten Mitarbeiters der Opferperspektive, bezeichnete die Ergebnisse der Durchsuchungen als „kläglich". „Das Ermittlungsverfahren läuft seit mittlerweile zweieinhalb Jahren, ohne daß ein Ergebnis vorgelegt werden konnte. (...)" (...) Er verwies darauf, daß ein Großteil der 129a-Verfahren in der Vergangenheit ergebnislos eingestellt wurde und daß diese lediglich zum Ziel hatten, „politisch mißliebige linke Gruppierungen auszuspähen"." (Jungle World Nr. 30/ 1999)

Einem Projekt, welches praktisch gegen rassistisch motivierte Gewalt interveniert, wird durch die Vorverurteilung eines Mitarbeiters die finanzielle Grundlage für die Arbeit entzogen. Das geschieht in einer Zeit, wo das Bundesland mit dem Deckmäntelchen „Tolerantes Brandenburg" dadurch wieder in die Schlagzeilen kommt, daß entgegen dem bundesweiten Rückgang registrierter „Straftaten aufgrund fremdenfeindlicher Gesinnung" „im ersten Halbjahr 1999 eine 50-prozentige Zunahme bei fremdenfeindlichen Gewalttaten gegenüber den ersten sechs Monaten 1998 zu verzeichnen ist". (Flüchtlingsrat Brandenburg 08/99)

Markus Stilo (ZAG)

Faschos lassen ermitteln

Prozeß kontra die Zeitschrift „Gegen die Strömung"

Wir erinnern uns: Am 1. Mai 1998 gelang es der NPD in Leipzig mit 5.000 bis 6.000 Nazis aufzumarschieren und ihre Kundgebung abzuhalten. Militante AntifaschistInnen konnten verhindern, daß die Nazis – wie geplant – durch die Straßen von Leipzig zogen. Darüber berichtete die Zeitschrift „GEGEN DIE STRÖMUNG" in einem Flugblatt. Die Berichterstattung schien Steffen Hupka nicht zu gefallen. Hupka ist Mitglied des Bundesvorstandes der NPD und der JN und als Anmelder zahlreicher Nazi-Aufmärsche einschlägig bekannt. In einem Brief an die Polizei beklagte er sich darüber, daß in dem Flugblatt zur Gewalt gegenüber politisch Andersdenkenden aufgerufen würde. Er forderte die Polizei auf zu ermitteln, was diese prompt tat. Im Januar 1999 durchsuchte sie zwei Buchläden und eine Privatwohnung, natürlich nicht etwa von Nazis, sondern von AntifaschistInnen. Der presserechtlich verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „GEGEN DIE STRÖMUNG" wurde daraufhin von der Polizei verdächtigt, in der Flugschrift „...das militante, gewalttätige Vorgehen der Antifa am 1. Mai 1998 in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gebilligt und verherrlicht zu haben" und sollte sich vor dem Gericht verantworten. Der erste Verhandlungstag am 02.08.99 fiel allerdings mit der fadenscheinigen Begründung aus, daß der Termin im Internet bekanntgegeben und zu zahlreichem Erscheinen aufgerufen wurde, weshalb der Verhandlungssaal zu klein sei. Wenige Tage danach wurde das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt. Die Kosten trägt die Staatskasse. Der Prozeß veranschaulicht nicht nur das Zusammenspiel von Staatsapparat und Nazis, sondern ist zugleich ein Beispiel für die Kriminalisierung von AntifaschistInnen.

Kathrin Wolff (ZAG)

Nationaler Friedenspreis für Wanderkirchenasyl

Im Januar 1998 traten 21 kurdische Flüchtlinge die Flucht in die Öffentlichkeit an. Heute sind es bereits mehr als 400 illegalisierte kurdische Flüchtlinge. Sie protestieren im Wanderkirchenasyl gegen die ständig drohende Abschiebung in die Türkei.

Um die Forderung nach sofortigem Abschiebestopp aller türkischen Kurden zu unterstützen und auf die brutale Verfolgung in der Türkei sowie die Illegalisierung in der Bundesrepublik aufmerksam zu machen, ist der Nationale Aachener Friedenspreis 1999 an das Wanderkirchenasyl verliehen worden. Der Friedenspreis wurde am 01.09.99 an die kurdischen Familien und Einzelpersonen im Wanderkirchenasyl, das Ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW e.V. sowie an die bundesweite Kampagne „kein Mensch ist illegal" vergeben.

Internationaler Friedenspreis

Den Internationalen Aachener Friedenspreis erhielt PBI für das Kolumbien Projekt. Mit drei Teams begleitet PBI dort kolumbianische Organisationen und Einzelpersonen, um ihnen Schutz durch Öffentlichkeit zu bieten. Gefährdete Menschen werden z.B. bei Zeugenaufnahmen, zur Staatsanwaltschaft oder anderen Organisationen des Staates begleitet und psychologisch unterstützt. Auch die Mitarbeiter internationaler Menschenrechtsorganisationen werden durch die Präsenz und die Schutzbegleitung von PBI gestärkt.

Kathrin Wolff (ZAG)

BILDER

Bilder

BILDER

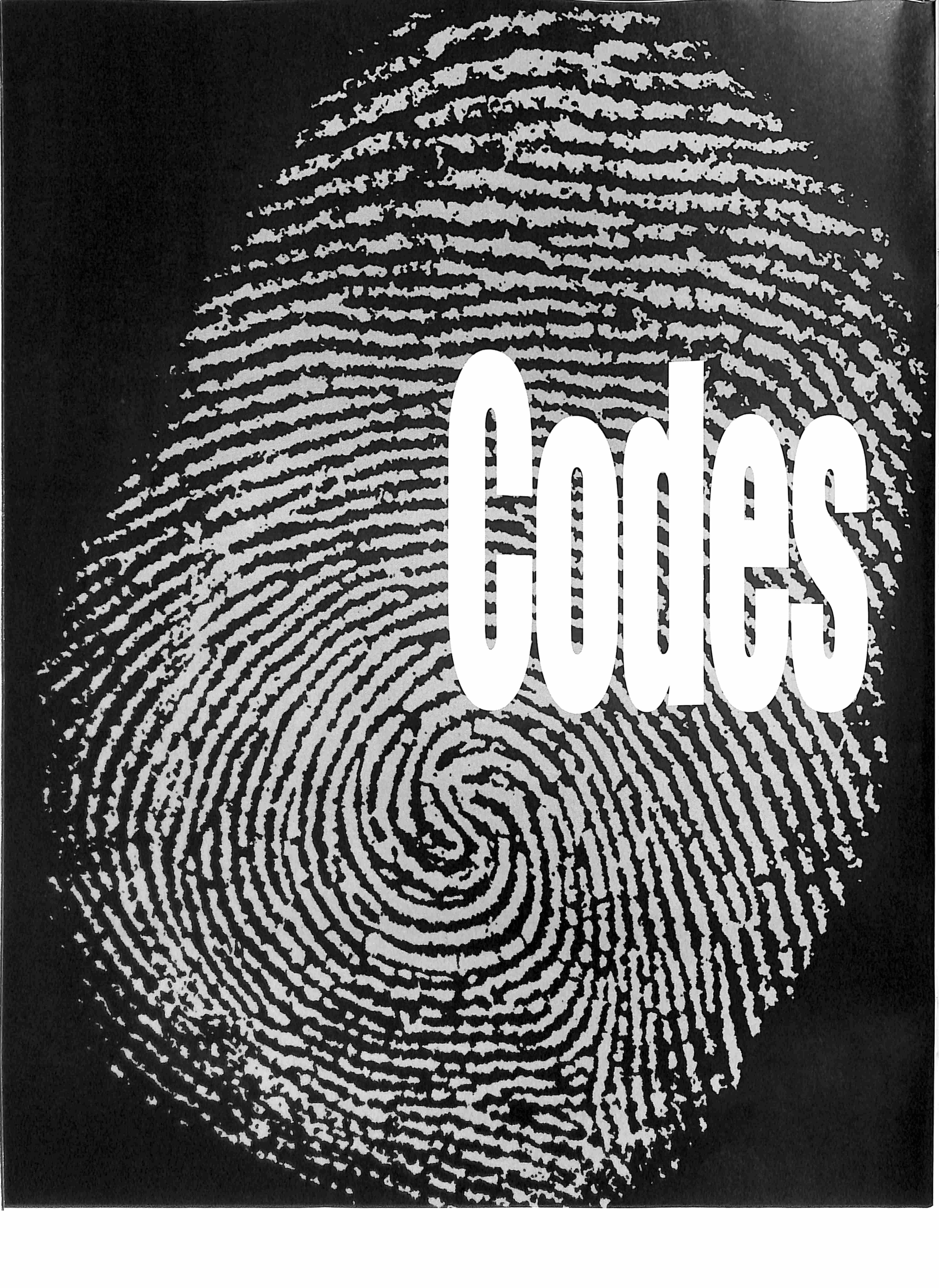
Bilder bil r

BILD

Bilder



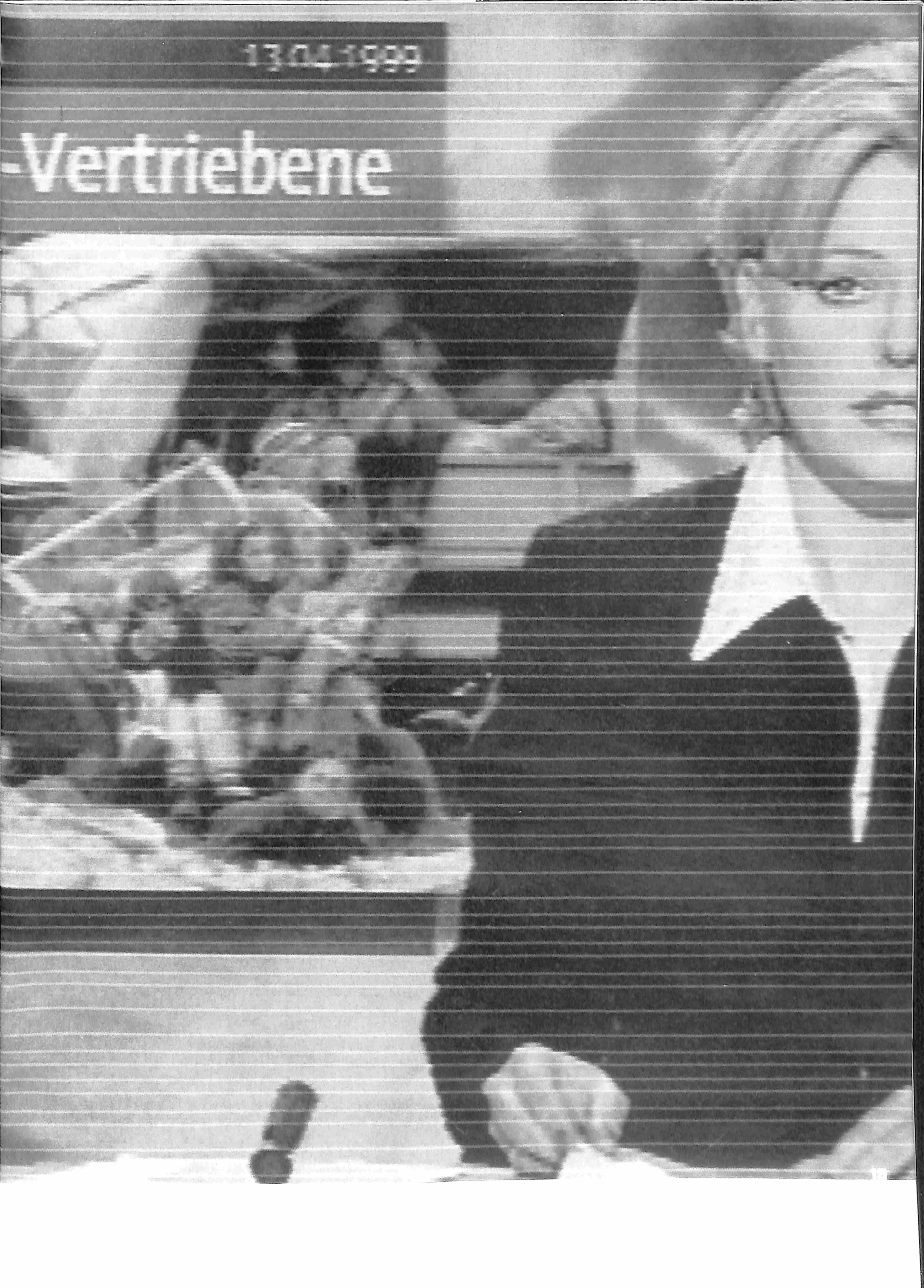
Friki
flügel-
-Party
Lieber leck
leicht
grillen
werden das
erreichen
Brot für die Welt
Coca-Cola.
Erfrischung
ohne Grenzen.
Feuerwehrzuf
Löschwasser-
entnahmestelle
auf Grundstück
Wirtschaftzu
Eisstadion
Pavillon
Täglich
10 bis 18 U
Direkt um die Ecke
GROTH + GRAALFS
Gebt d
rn eine Chance
Container
Transport
Service
ABRISS &
ENTSORGUNG
ag und
freihalten
Lehrer:
zum Antesten
ab 199
Unberechtigt
arkende Fahrze
rden kostenpfli
abgeschlepp
ivilcourage. Ru
e: 110


Codes


CARE

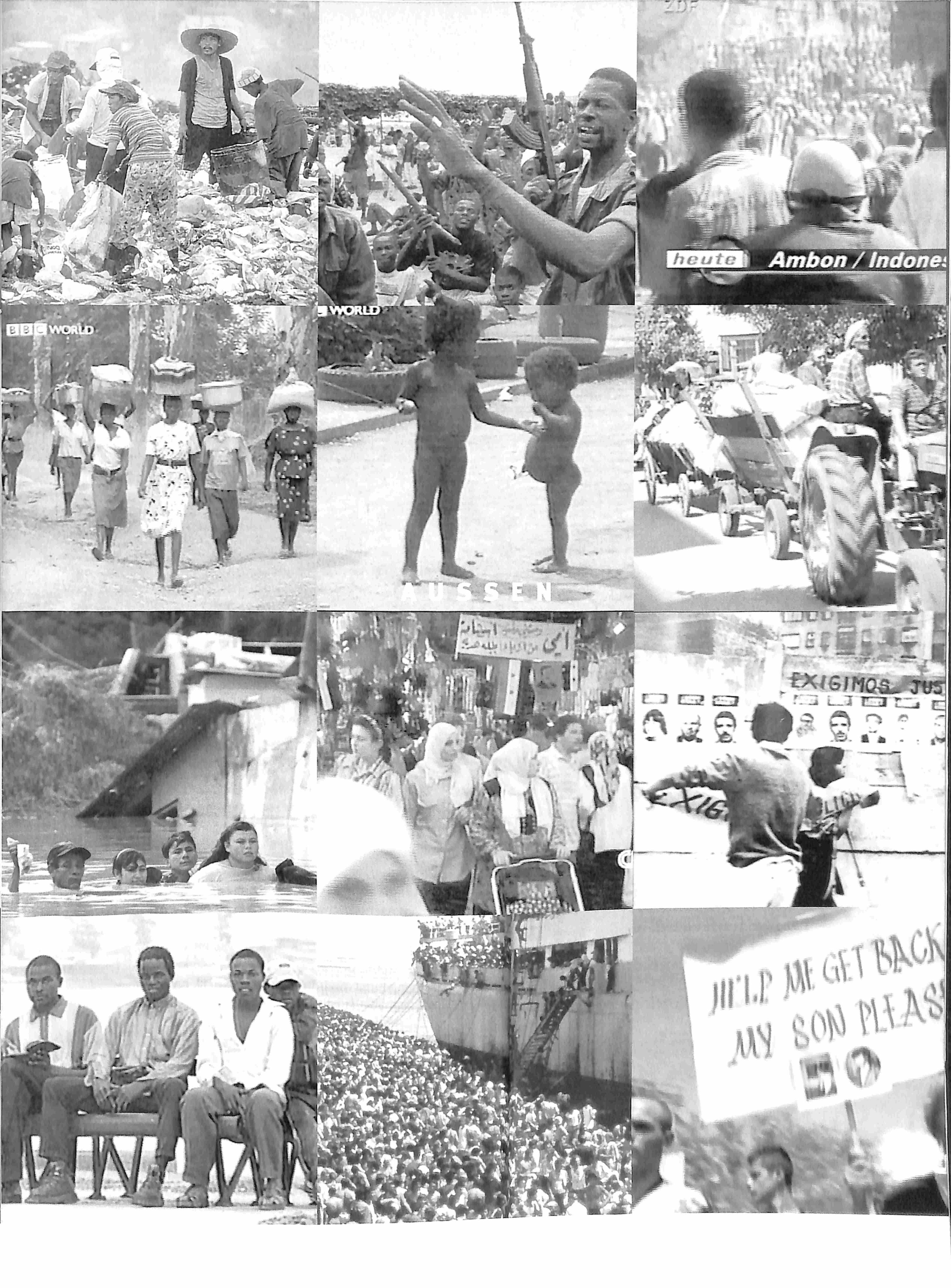


EXKURS POLITIK



13.04.1999
-Vertriebene


INNEN
13. August
ermögen


heute
Ambon / Indones
BBC WORLD
WORLD
AUSSEN
EXIGIMOS JUS
HELP ME GET BACK
MY SON PLEAS

Wenn der BGS das Fernsehen fern sehen läßt

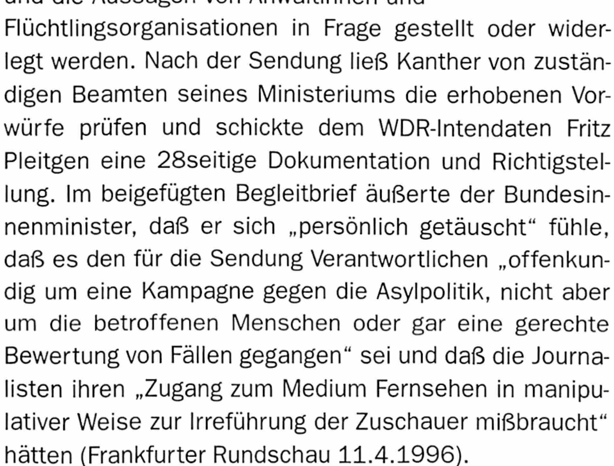
Zur Abschottungspraxis
im Mediensektor
des diskursiven Komplexes
„Flucht/Einwanderung"

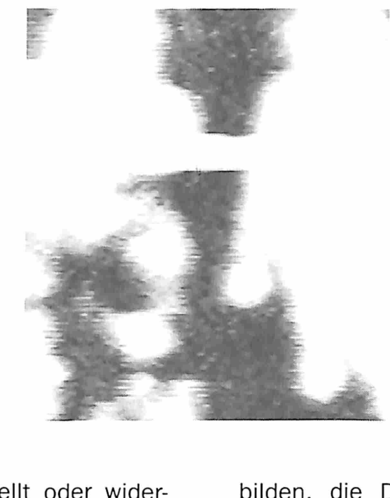


Grenzüberschreitung

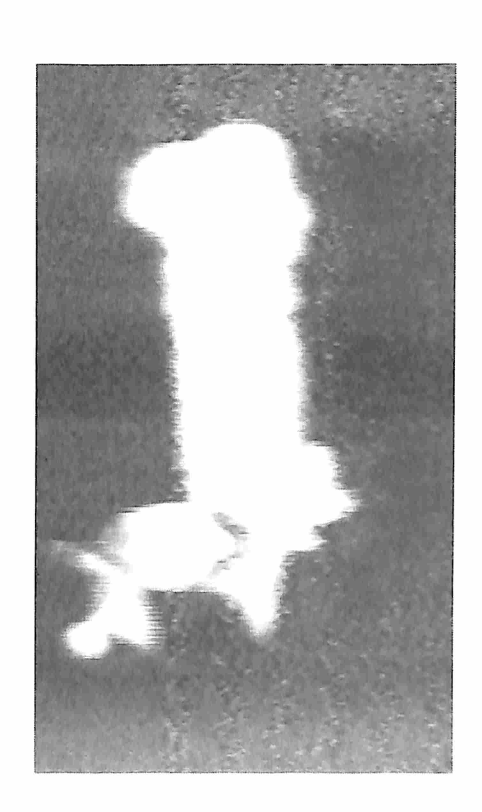
Am Aschermittwoch 1996 wurde im Ersten Programm die vom WDR produzierte Fernsehreportage „Ein abschrekkender Erfolg – Das neue Asylrecht vor dem Kadi" ausgestrahlt, die asylsuchende, abgeschobene oder von Abschiebung bedrohte und in die Illegalität gezwungene politische Flüchtlinge zu Wort kommen läßt. Die Sendung setzt die Fluchtursachen, die Flucht, den Grenzübertritt und die Erfahrung mit dem bundesdeutschen Grenzkontrollapparat und seinen Diskriminierungs- und Aussonderungsmechanismen ins Bild und veranschaulicht an konkreten Fällen die Gewalt des installierten Grenzregimes. Sichtbar wird, daß die Drittstaatenregelung im Grenzgebiet die illegale Einreise erzwingt. In den sogenannten sicheren Drittstaaten drohen dem Transitflüchtling Haftstrafen und dem an der Grenze nach Polen und Tschechien Zurückgeschobenen häufig weitere Rückschiebun-

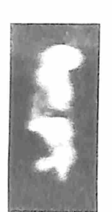
gen bis in das Herkunftsland bzw. den Verfolgerstaat. Gezeigt wird, wie am Frankfurter Flughafen die Restriktion funktioniert, wie die Internierung und die Sprachbarrieren eine Kriminalisierung und Traumatisierung zur Folge haben und sich der Extremismus des Bundesgrenzschutzes und des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge am Frankfurter Flughafen in der Rate von Selbstmordversuchen und Nervenzusammenbrüchen unter Flüchtlingen niederschlägt. In die verschiedenen Einzelfälle sind Interviewstatements des damaligen Bundesinnenministers Manfred Kanther zur Sicherheit der Drittstaaten, zur Nichtexistenz der Kettenabschiebung, zur garantierten ausführlichen Darlegung des Asylbegehrens und zum rücksichtsvollen Vorgehen der Polizei und Verwaltungsbehörde eingeschnitten, die jedoch durch die Äußerungen der Flüchtlinge und die Aussagen von Anwältinnen und Flüchtlingsorganisationen in Frage gestellt oder widerlegt werden. Nach der Sendung ließ Kanther von zuständigen Beamten seines Ministeriums die erhobenen Vorwürfe prüfen und schickte dem WDR-Intendaten Fritz Pleitgen eine 28seitige Dokumentation und Richtigstellung. Im beigefügten Begleitbrief äußerte der Bundesinnenminister, daß er sich „persönlich getäuscht" fühle, daß es den für die Sendung Verantwortlichen „offenkundig um eine Kampagne gegen die Asylpolitik, nicht aber um die betroffenen Menschen oder gar eine gerechte Bewertung von Fällen gegangen" sei und daß die Journalisten ihren „Zugang zum Medium Fernsehen in manipulativer Weise zur Irreführung der Zuschauer mißbraucht" hätten (Frankfurter Rundschau 11.4.1996).





Der kurzfristige politische Eklat zeigt im positiven Sinne, daß das Fernsehen als Kommunikations- und Informationstechnologie nicht im einfachen In- und Output-Verfahren Diskurse lediglich massenhaft distributiert und zirkulieren lässt, sondern die Felder von Sagbarkeiten und Sichtbarkeiten selbst mit konstituiert. Die Reportage streut nicht das Aschenkreuz auf das Haupt des Bundesinnenministers, da sie nicht wie andere Fernsehsendungen des diskursiven Komplexes „Flucht/Einwanderung" die aufgezeigten Restriktionen und Härten gegenüber den Flüchtlingen in eine pathetische Rede einbindet, die die praktizierten Inhumanitäten angesichts der weltweiten Wanderungsbewegungen als Notwendigkeit des eigenen Überlebens beklagt. Vielmehr verweigert die Reportage durch die gegenläufigen Diskurspositionen und ungleichen Erfahrungsräume, die die Mehrdeutigkeit der Grenze bilden, die Durchstreichung der Flüchtlinge, wie sie durch die Revision des Artikel 16 des Grundgesetzes, das Bundesgrenzschutzneuregelungsgesetz, das Schengener Durchführungsabkommen usw. vollzogen wird. Und nur diese Weigerung ermöglicht es, die Durchstreichung selbst sichtbar zu machen. Insofern löst sich der Vorwurf der offenkundigen Manipulation und die Ursache für die Reaktion des Bundesinnenministeriums dahingehend auf, daß die Sendung nicht die seit der defacto Abschaffung des Asylrechts etablierten Feindbilder des „Illegalen" und „Schleusers" reproduziert, sondern das Gesetz selbst als Gewaltverhältnis und die Effekte der Abschottung, Illegalisierung und Kriminalisierung thematisiert.





Grenzschließung

Da diese Reportage einen raren Ausnahmefall darstellt und das Besondere in ihrer Gewaltkritik liegt, stellt sich die Frage, wie denn der Regelfall und die hegemoniale Beziehung zum Gesetz im Fernsehsektor des Diskurskomplexes „Flucht/Einwanderung“ aussieht? Welche Serie von Aussagen produzieren themenbezogene Beiträge der Politmagazine? Welches Feld von Sichtbarkeiten konstituieren Reportagen? Die Titel der Fernsehreportagen geben Auskunft über die spezielle Aufmerksamkeit, die im Mediensektor dem Diskurskomplex „Flucht/Einwanderung“ gewidmet wird. Ihr prominenter Ort ist seit der Asylrechtsänderung die deutsche Ostgrenze und zwar nicht als Demarkationslinie, sondern als Grenzraum, der der territorialen Kontrolle untersteht. Entsprechend wird der Bundesgrenzschutz zum zentralen Attraktor. Das Begleiten der BGS-Beamten strukturiert ganze Fernsehreportagen und Magazinbeiträge, in denen bestimmte Einstellungen und Sequenzen immer wiederkehren. So vollzieht die Kamera häufig den Kontrollblick in Ausweispapiere mit: Auf eine Totale einer Passiersituation an einem Grenzübergang folgt eine Detailaufnahme von Händen, die einen Paß aufblättern. Hieran schließt sich eine Großaufnahme der kontrollierten Person an, um abschließend in einer Halbnahen den Einreisenden und den Bundesgrenzschutz-Beamten mit Paß in den Händen zu präsentieren. Die Kamera wird meist hinter oder seitlich von Grenzschützern postiert. Im Bildhintergrund sind die „grüne Grenze“ und im Mittel- und Vordergrund die uniformierten Beamten zu sehen. Die nächste Einstellung übernimmt dann den Blick der Uniformierten, indem das Grenzgebiet nach verdächtigen Bewegungen abgeschwenkt wird. Die Blickachse Zuschauer-Kamera-Grenzschützer-Kontrollobjekt wird variationsreich aufgebaut: Die Sendungen ermöglichen einen Blick über die Schultern der Beamten, verschaffen uns aus BGS-Helikoptern einen Überblick über das ausgedehnte Grenzgebiet, lassen uns durch Ferngläser und Nachtsichtgeräte das andere Ufer der Oder beobachten, zeigen durch die Wärmebildgeräte des BGS auf unseren Bildschirmen lichte Gestalten, die sich von der dunklen Landschaft abheben, und folgen den Lichtkegeln von Stabtaschenlampen, die entweder die Spuren einer „Schleusung“ sichtbar machen sollen oder auf Flüchtlinge abschwenken.



Die Nahbilder machen die Beamten zu Darstellern, deren Leistungen durch die Apparatur des Fernsehens getestet werden. Dabei führt die teilnehmende Beobachtung, die häufig die erkennungsdienstlichen und selektierenden Polizeipraktiken wie das Kontrollieren, Aufgreifen, Festnehmen, Verhören und Einsperren von visalosen Menschen, das Anlegen von Handschellen, das Überprüfen der Echtheit von Papiere und das Registrieren von Fingerabdrücken dokumentieren, dazu, daß die Kriminalisierung und Illegalisierung der Flüchtlinge medial reproduziert wird. Die Frage der Effizienz und die Positionierung der Kamera auf Seiten des BGS entfaltet eine Symbolik der Grenze, innerhalb derer die Grenzschutzbeamten, die kriminalisierten Fluchthelfer und die illegalisierten Flüchtlinge in eine binäre Zuordnungssemantik von „us vs. them“, „innen vs. außen“, „menschlich-sozial vs. natürlich-chaotisch“, „normal vs. nicht-normal“, „deutsch vs. nicht-deutsch“ und „europäisch vs. außereuropäisch“ eingetragen werden. Diese nationalstaatliche, frontbildende Ausschlußlogik hat zwei Korrelate auf der Ebene der Blickstrukturierung: Erstens übernehmen die Reportagen im Dokumentieren des BGS dessen ausgrenzenden, ethnisierenden Blick, der durch die Ausbildung und die neo-rassistisch strukturierten Aufgaben das Erfahrungswissen und die Praktiken der Grenzbeamten prägt. Besonders deutlich wird dies bei den vom Fernsehen aufgezeichneten Initiativaufgriffen, die im Gegensatz zu Fahndungsaufgriffen nicht an eine Fahndungsausschreibung, sondern an spontane Wahrnehmung von Auffälligkeiten und damit an Hautfarbe, fremdländisches Aussehen, flucht- und armutsbedingte Indizien gebunden sind. Zweitens implantiert sich das Fernsehen die medialen Machtoptiken des BGS und überführt die technischen

Bilder der Nachtsichtgeräte und Wärmebildkameras in thrill garantierende Erzählungen. Eine typische Voice-Over-Kommentierung bietet die Reportage Schmuggler im Visier (BR 1998):

„Doch die meisten Illegalen probieren es über die grüne Grenze. Der BGS ist gerade einem auf der Spur. Im Wärmebild eine verdächtige Person, die entlang der Autobahn läuft. Sie will nicht gesehen werden. Bei jedem vorbeifahrenden Auto geht sie in Deckung. In Windeseile werden zwei uniformierte und zwei Zivilstreifen alamiert – Samstagsmorgen Dreiviertel Eins“.

Die elektronischen Bilder des Überwachungsequipments lassen das Fernsehen an der panoptischen Macht des Sehens, ohne gesehen zu werden, teilhaben, was auf Seiten der Rezeption den Effekt hat, daß der staatliche Rassismus medial subjektiviert wird, da die einzelnen ZuschauerInnen für wenige Augenblicke in die priviligierte Position des Grenzschutzes gesetzt werden, Teile der Grenzregion bei Nacht zu überblicken und schemenhafte Lichtpunktmengen durch ihre Bewegung auf dem Monitor als menschliche Körper zu identifizieren und im freien Feld oder Wohngebiet zu lokalisieren. Da die Sendungen stets in diesem Zusammenhang die hohe Zahl der aufgegriffenen „Illegalen“ und festgenommenen „Schlepper“ nennen, wird die elektronische Hochrüstung des Grenzraums als Notwendigkeit ausgewiesen und durch den Erfolg legitimiert.

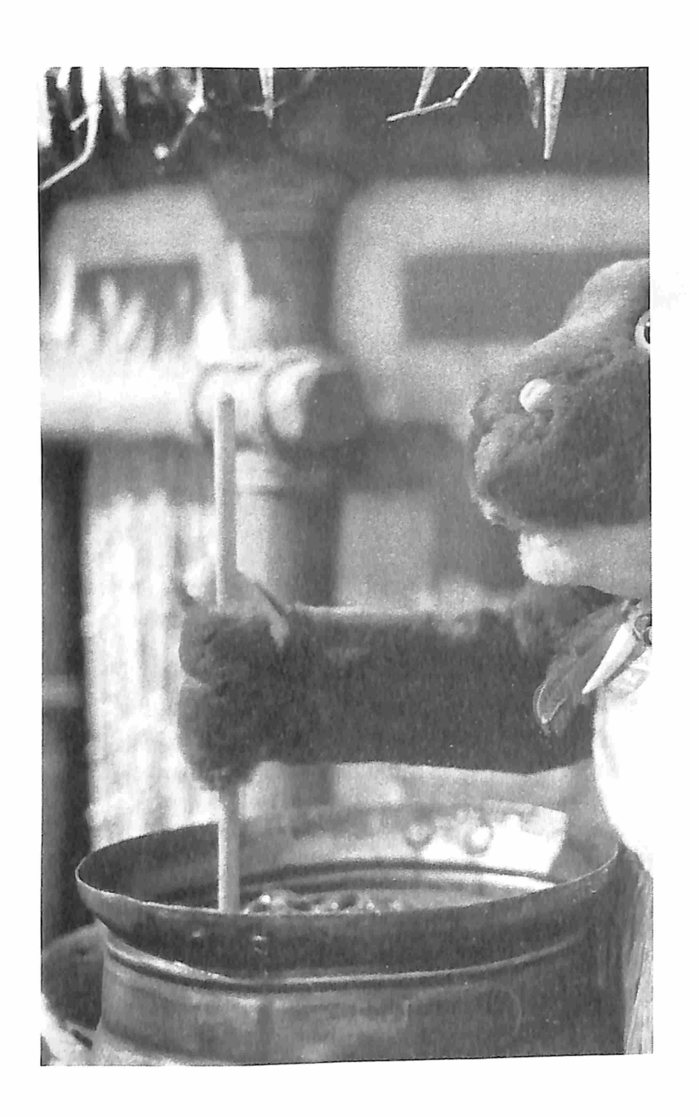


Daß Flüchtlinge in diesen Reportagen lediglich als schemenhafte Objekte des Grenzkontrollapparats sichtbar werden, kann nicht allein durch die rassistische Logik des diskursiven Komplexes „Flucht/Einwanderung“ erklärt werden. Zu berücksichtigen sind auch medienspezifische Aspekte des Fernsehens. Erstens funktioniert und organisiert sich Fernsehen selbst durch die Art und Weise, wie Macht und Wissen gesellschaftlich verteilt sind, so daß Macht einen dominanten Selektionsmechanismus darstellt. Insofern wird bspw. gegenüber Pro Asyl quasi automatisch der dem Bundesministerium unterstellte BGS vorgezogen, der mit größerer instituioneller Autorität und wirkmächtigerem Medienprivileg ausgestattet ist. Zweitens stößt das Fernsehen an eine Grenze der Sichtbarkeit. Illegale sind ihrer sozialpsychologischen Situation wegen dazu gezwungen, sich unauffällig und der Umwelt gegenüber angepaßt zu verhalten. Die Unsichtbarkeit, die das Überleben der Illegalisierten sichert, überwindet das Fernsehen mit geringem logistischen Kostenaufwand durch die Implantierung der Machtoptiken des BGS. Und drittens ist die neue Formation der Fernsehproduktion zu bedenken, die Anfang der 80er Jahre durch die Ausdifferenzierung des Fernsehsystems, die daran gebundenen Senderkonkurrenzen um Zuschaueraufmerksamkeit und die Technikinnovationen im Produktionsbereich entsteht und u.a. durch die Obsession für visuelle Effekte, elektronische Bilder und Monitore gekennzeichnet ist. Die Faszination der Reportagen für die Überwachungstechnologie des BGS, die visuell-ästhetisch abwechslungsreiche, spektakuläre und thrillhafte Berichte garantiert, ist auch ein Effekt dieser neuen Televisualität. Daß die ästhetischen Spielräume, die die neue Televisualität potentiell eröffnet, kaum dazu genutzt werden, Flüchtlingen und Illegalen eine verbale und visuelle Repräsentation zu ermöglichen, liegt vor allem an der aufgezeigten hegemonialen Beziehung zum Gesetz, das als Gewaltverhältnis nicht an betroffenen Menschen und gerechten Bewertungen, sondern an Abschottung und Exklusion interessiert ist.

Matthias Thiele (Diskurswerkstatt Bochum)

What You see is what You get?





Im Medien- und Informationszeitalter ist es oft die Allmacht der Bilder, die rassistische Stereotype reproduziert. Die Rezeption eines Bildes ist immer vom umgebenden Kontext und den gesellschaftlich/kulturellen Verhältnissen abhängig.

Entscheidend für die Aussage eines Bildes – gerade wenn es um die Betrachtung von MigrantInnen geht – ist, ob der/die Fotografierte als Objekt oder Subjekt abgelichtet wird. Dient das Foto dazu, (bewußt oder unbewußt) bestimmte Stereotypen zu reproduzieren oder eine Person als eine eigenständige Persönlichkeit in ihrem gesellschaftlichen Alltag zu zeigen?

Bilde ich den „Albaner" als geschundenes Opfer im Kosovo-Krieg, oder als fast schon genetisch bedingten Kriminellen ab? Trotz unterschiedlicher Absicht bleibt das Prinzip dasselbe. Es geht um die Wiederholung und Festschreibung bestimmter Stereotypen.

Bilder haben im Vergleich zum Text in der Regel den Vorteil, daß sie leichter und schneller von RezipientInnen aufgenommen werden können und emotionaler und situativer wirken. Allein das Faktum, wann und wo welches Bild eingesetzt wird, hat sehr starken Einfluß auf die Aussage. Fotos und vor allem auch Dokumentarfilme versprechen und suggerieren immer eine höhere Authentizität, mehr Information und wirken leichter überprüfbar als Zeitungsartikel. Gerade in der aktuellen Be-



In der Werbung hat es innerhalb der letzten Jahre und Jahrzehnte einen starken Wechsel gegeben, was die Darstellung von MigrantInnen und Schwarzen angeht. Waren es früher der Sarottimohr oder irgendwelche „Wilden", so ist es mittlerweile en vogue im multikulturellen Zeitalter auch in der Werbung viel Exotik zu bieten. Die Stereotypen haben sich dabei aber eher wenig verändert. Gerade Schwarze stehen zwar für eine positive Aussage, in der Regel aber für Körperlichkeit, Stärke und Naturverbundenheit. Ähnlich verhält es sich mit der schwülstig-mythischen Erotik exotischer Frauen.

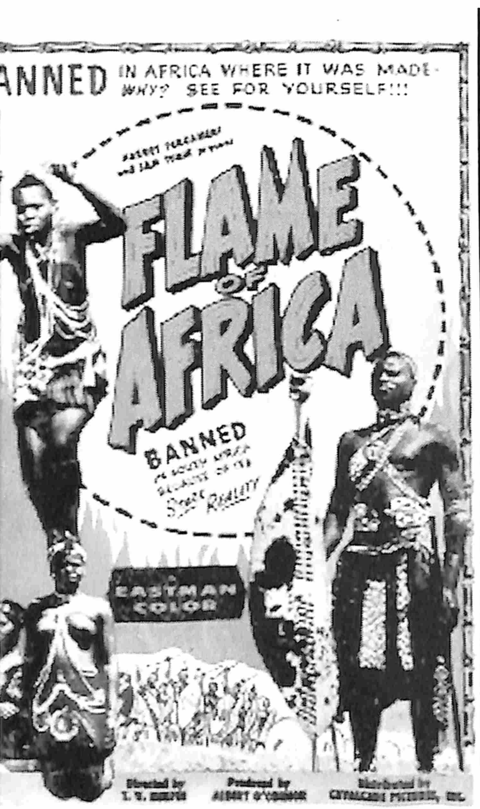
ZAG-Redaktion

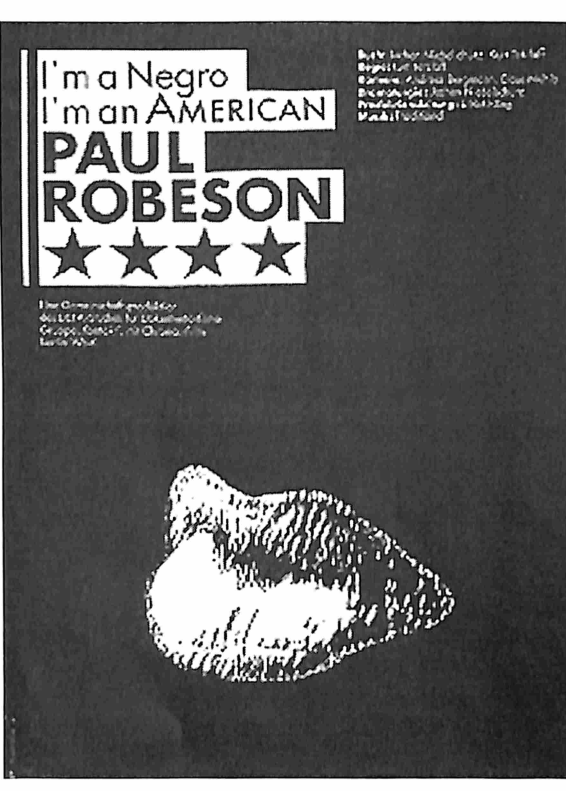
richterstattung entsteht die Manipulation aber durch die Auswahl. Die Auswahl der Nachricht, die Auswahl der Bilder, die Auswahl des Bildausschnittes, das Verhältnis von Bild zu Text. Dabei können die Aussagen von Bildern allerdings allein durch die Bildunterschrift um 180 Grad gedreht werden.

Es sind nicht nur das „volle Boot", wie es auch mal visualisiert auf einem Spiegeltitel erscheint, oder das schwarze Kind mit dem Hungerbauch als das Synonym für Afrika oder fanatische Massen als Metapher für den Islam. Viele Rassismen werden indirekter und subtiler transportiert, oftmals auch nicht in der Absicht, direkt diskriminierende Aussagen zu tätigen. Häufig bedienen sich auch gutgemeinte, multikulti-motivierte Versuche altbekannter Stereotypen wie niedlicher schwarzer Kinder, exotischer Vielfalt, ausgelassenen Tänzen und leckerem Essen.



Rassissmus in Hollywood

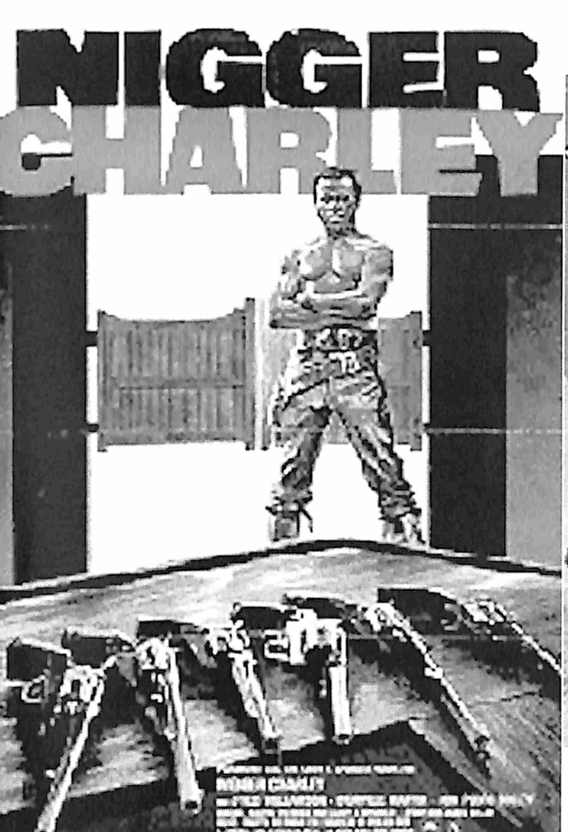




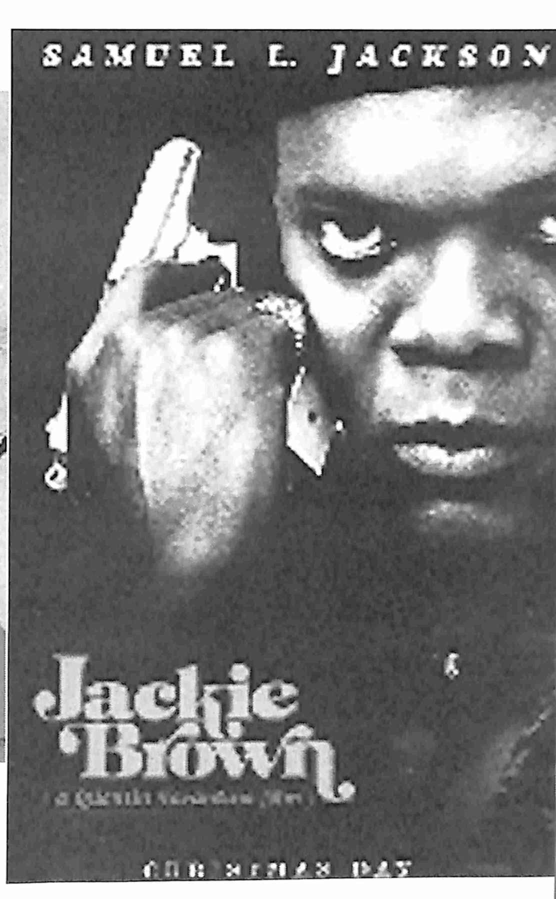


Bis in die Sechziger Jahre hinein wurden Schwarze in Filmen im allgemeinen nur in unterwürfigen Rollen gezeigt. Wichtiger noch, Schwarze durften nur Schwarze spielen, das heißt Rollen, bei denen die Rasse ein wichtiges Element war. Erst Ende der sechziger Jahre begannen Schwarze nichtstereotype Rollen in amerikanischen Filmen zu übernehmen. Wir sprechen hier von Hollywood. In den zwanziger Jahren entstand eine kleine, selbstständige afroamerikanische Filmindustrie, die Filme über Schwarze, von Schwarzen, für Schwarze produzierte. Doch diese Filme bekam das breite Publikum natürlich niemals zu sehen.

Der Film spiegelte somit die gesellschaftliche Wirklichkeit und verstärkte zugleich die reale Situation. Diese ungewöhnliche Fähigkeit des Films, Realitäten zu „machen", ist einer seiner wichtigsten politischen Funktionen. Und so lag auch eine der treffendsten sozialen Anklagen der Black-Power-Bewegung der Sechziger in ihrer historischen Analyse der eingeschliffenen rassistischen Darstellung von Schwarzen während der gesam-







ten Geschichte von Film und Fernsehen. Eines der wichtigen Ergebnisse dieser Bewegung war es, mit dem Niederreißen dieser Barriere angefangen zu haben. Schwarze Rechtsanwälte, Ärzte, Geschäftsleute – selbst Helden – sind heute in den Medien üblich, wenn auch nur von Fall zu Fall. Aber nach wie vor ist es noch selten, daß ein Besetzungsbüro einen Afroamerikaner für eine Rolle engagiert, die nicht im Drehbuch ausdrücklich als die eines „Schwarzen" angegeben ist.
Da Indianer ein fester Bestandteil des populären Western-Genres waren, erschienen sie öfter auf der Leinwand als Schwarze, doch die Stereotype waren ebenso schädlich. Allerdings gab es einige Ausnahmen. Vielleicht weil der Kampf gegen die Indianer schon gewonnen war, erschienen sie bisweilen in einigen Filmen in einem positiveren, menschlicheren Licht.

Albert Zecheru (ZAG)

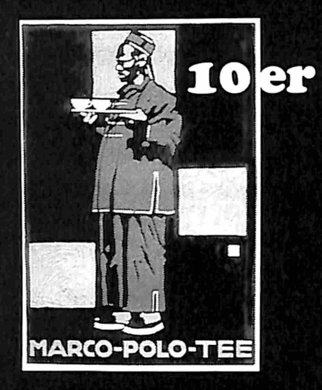
Angelehnt an „Film verstehen" von James Monaco, Kapitel 4 „Film: Die Politik", S. 265 – S. 268

So geheimnisvoll der Charakter.

Lieber lecker leicht grillen.

12 x kommen lassen

werbung



10er



20er



30er

50er



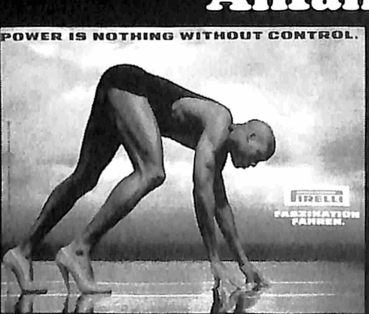


70er



80er

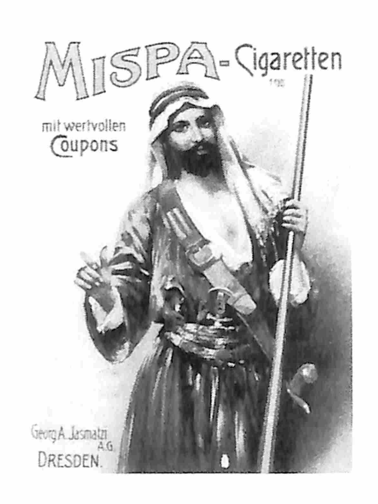
Anfang 90er




1999

Verklärung und Exotisierung

Der Verklärung von Bildern fremder Völker und Gruppen begegnet man zwar nicht erst in diesem Jahrhundert, doch ist sie auch nicht so tief in der Menschheitsgeschichte verwurzelt, wie man vielleicht glauben möchte. Obwohl schon immer verschiedene Völker aufeinandertrafen, begegnete man in der Geschichte lange Zeit keiner solchen Verklärung des jeweiligen anderen Volkes, die in Bildern oder der Literatur zu finden wäre. Im Gegenteil scheint die Neugier, mit der fremde Völker betrachtet wurden, erstaunlich unvorbelastet, und die Völker eher lernbegierig, sich die Vorteile und Errungenschaften der anderen selbst zunutze zu machen. Die







Römer z.B. machten alle in ihren eroberten Gebieten wohnenden Menschen zu römischen Staatsbürgern und führten über ihre Bräuche und Sitten und vor allem ihr Handwerk genau Buch. Eine Ausnahme hiervon bildete wohl das klassische Griechenland, wo das Recht durchaus fremdenfeindlich war. Ein Grieche selbst galt nach bestehendem Recht als Fremder, sobald er eine andere griechische Stadt betrat, ein Athener z.B. Sparta. In dem Zeitraum um 500 v.Chr., als der griechische Kernstaat von den Osmanen bedrängt wurde, tauchte auch in der Literatur und Kunst eine Abneigung und Haß gegen die „Barbaren“ auf, welche sonst in der damaligen Literatur nicht zu finden waren.

Im Frankreich des 18. Jahrhunderts begegnet man dann zum ersten Mal einer Neugier auf das exotisch Fremde und einer Begierde die fernsten und fremdesten Stämme zu kennen und zu erforschen. Diese Sehnsucht nach dem mystisch Fremden entstand aus Langeweile und Überdruß an der eigenen Kultur und war von Beginn an mit Projektionen und Vorurteilen besetzt.
Solches schlug sich z.B. in der Malerei nieder, die chinesische Vorbilder bewunderte und imitierte, oder wenn von „Persischen Briefen“ ganz besondere Anziehungskraft ausging. Eine bedeutende Rolle spielte auch die Annahme, die fremden Völker wären sehr einfach gestrickt, was gegen die Künstlichkeit des Barock stand und daher großes Interesse fand, gerade weil diese Künstlichkeit, auf den Höhepunkt getrieben, irgendwann als lästig und anstrengend empfunden wurde. Diese Völker wurden so mit Stereotypen besetzt, die das Bild von ihnen auf einen Bruchteil, einen eingeschränkten Aspekt ihrer Kultur, reduzierte. Und diese Vorstellungen waren schwer abzuschütteln, da gerade auch die Romantik sich ihrer dankbar annahm.

Ähnliche Beweggründe findet man, wenn man sich das Bild der westeuropäischen Juden zur Zeit ihrer Emanzipation ansieht. Genauso wie dort die Sehnsucht nach Neuem die Neugier weckt und das vermeintliche Verständnis für fremde Völker vorantreibt, wird hier der Prozeß der „Emanzipation“ gerade erst durch ihre Verklärung forciert.

des Fremden

Der französische Adel, durch das wirtschaftlich aufstrebende Bürgertum von seiner Vormachtstellung enthoben, war trotzdem nicht bereit, sich mit der bürgerlichen Oberschicht auf eine Stufe zu stellen und versuchte sich von dieser abzugrenzen. Dies ist auch die Zeit, in der national übergreifende Rassetheorien von einer adeligen Rasse in ganz Europa den Markt überschwemmten (z.B. Boulainville als einer der ersten). Der Adel, durch den Absolutismus auch von seiner staatlichen Macht entbunden, damit letztlich ohne eigentliche gesellschaftliche Funktion, langweilte sich nun schrecklich bei den täglichen, inzestiösen Soireen, Festen und in den Salons.



In diesem Augenblick boten die Juden, vorerst die wohlhabenden – später öffnete sich der Kreis auch den anderen – eine willkommene Abwechslung. Sie sind, genauso wie der Adel, vom Bürgertum getrennt und leben außerhalb der Gesellschaft in einer eigenen, geschlossenen Gemeinschaft, die übrigens ebenfalls, wie der Adel, supranational funktionierte.

Die Diskriminierung der Juden in der Öffentlichkeit ist zu der Zeit schon lange nichts Neues mehr. Während dies jedoch jahrhundertelang an der Religion festgemacht wurde, wurden die Juden nun wegen ihrer „Eigenschaften", Geschäfte und ihres „Aussehens" verurteilt. Mit Beginn der Emanzipation, Ende des 18. Jh. in Frankreich, galt selbst ein getaufter Jude nicht als wirklicher Christ, denn es war bereits gesellschaftlicher Konsens, daß er seine angeborenen „jüdischen Eigenschaften" nicht ablegen könne. Das schlug sich auch in den Bilderbögen, einer Art damaligem Journal, in veränderter Art und Weise nieder, die den Juden nun habgierig, mit gebogener Nase und als Wucherer abbildeten. Vorher wurde er ausschließlich wegen seiner Religion angeprangert. Auch hat sich der Charakter der Bilderbögen stark verändert. Das Bild hatte sich vom bloßen Blickfang zum symbolträchtigen Inhaltsträger gewandelt, bei dem die Unterschrift nur noch unterstützende Funktion besaß.

Also war der Fakt, ein Jude zu sein, zu etwas Angeborenem, Biologischem geworden, dem man nicht entfliehen konnte. Diese nicht selbst gewählte Ausgrenzung bzw. die Zugehörigkeit zu einer der bürgerlichen Gesellschaft entfernten Gruppe machte ihn aber insofern potentiell salonfähig in den Kreisen der Adligen. Aufgrund ihrer Ausgrenzung war die Mystifizierung der Juden schon im-

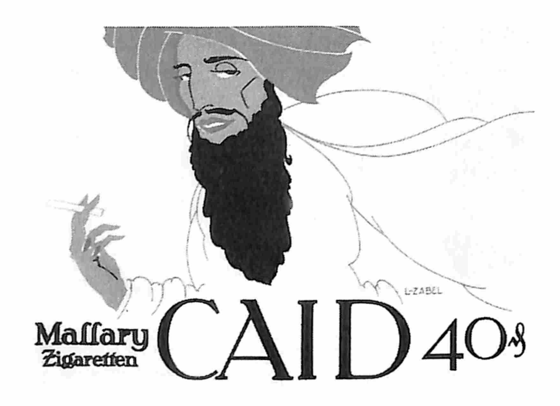


mer latent vorhanden, da von außen wenig Einblick in ihre innere Gesellschaft möglich war. Diese Mystifizierung wurde durch den Umstand, daß viele große Schriftsteller und Künstler jüdisch waren noch weiter vorangetrieben. Da jüdisch zu sein sowieso mit Lasterhaftigkeit in Verbindung gebracht wurde, auch da Juden nicht der christlichen Moral unterlagen, wurde nun durch diese Künstler und Schriftsteller das Genialische mit dem Laster identifiziert. Das Interesse, diese mystische Genialität und Lasterhaftigkeit kennenzulernen, und nach der man sich wahrscheinlich auch ein bißchen sehnte, öffnete den Juden die Türen der Salons. Dabei konnte ein Jude jedoch keinesfalls öffentlich seine Herkunft verraten, sondern mußte sie immer verbergen, auch wenn hinter vorgehaltener Hand jeder davon wußte. Dieses Versteckspiel wurde lange Zeit mit Euphorie betrieben. Selbiges galt auch für Homosexuelle, denen ähnliches nachgesagt wurde. Später, Mitte des 19. Jh. wurden die Juden dann wegen eben dieser ihnen angedichteten „Lasterhaftigkeit" auch vom Adel geächtet, der dieses Spiels müde geworden war. Er hatte sich selbst des Lasters angenommen. Auch begannen die Juden gesellschaftliche

Positionen zu bekleiden, die sonst nur vom Adel bekleidet wurden. Ein Beispiel ist der Dreyfusprozess, der einen Höhepunkt französischer Judenverfolgung bildet. Dreyfus war der erste Jude, der zum General ernannt wurde. Aus dem jüdischen Laster wurde ein angeborener Hang zum Verbrechen gemacht. Daraus ergab sich die notwendige Konsequenz, man müsse die Juden bekämpfen, wenn man das Verbrechen bekämpfen wolle. Vorerst prangte um „den Juden“ aber noch ein düster glänzender Schein, den es mit wohligem Schauer zu ergründen galt.

Das revolutionäre Frankreich wiederum änderte seine Motive drastisch und begann die Antike zum vergangenen Paradies zu stilisieren. Es wurden am laufenden Band Römische Politiker und Schreiber zitiert. Die Klassik trieb die Idealisierung des „schönen, intelligenten und gebildeten Griechen“ dann auf die Spitze. Diese „Mode“ hielt auch bis zum Ende des 19. Jh. an und gipfelte im deutschen Hellenismus, der vor allem auch die Architektur der Antike nachempfand.

Welche Völker im dritten Reich idealisiert wurden und was sich daraus für Konsequenzen ergaben, braucht hier wohl nicht erwähnt zu werden. Dieses Thema ist auch jetzt noch lange nicht erledigt.



Wenn man heute in die Illustrierten schaut, oder sich Werbung im Fernsehen oder sonstwo ansieht, stößt man im Zeitalter der Globalisierung auf verklärte und stereotypisierte Bilder von Menschen aus aller Welt. Jene sollen bestimmte Eigenschaften widerspiegeln, die wohl für dieses oder jenes Land typisch sind, wie uns suggeriert wird, und uns angeblich fehlen. Diese sollen wir uns durch das jeweilige Produkt aneignen. Genauso werden Bilder auch ihres Hintergrundes beraubt, um sie rein ästhetisch oder sensationell zu benutzen. Ein Trend, der sich in der Zeit des schnellen Inputs und des Durchlaufs von Informationen am laufenden Band immer mehr durchsetzt. Damit hat sich unser Horizont in dieser Hinsicht trotz Satellitenschüssel und Internet seit dem 18. Jh. anscheinend leider kaum erweitert. Diese vermeintliche Weltoffenheit entpuppt sich daher als eng anliegende Scheuklappen, die den Blick für das wirkliche Verständnis für die Gesamtheit anderer Kulturen beschneidet.

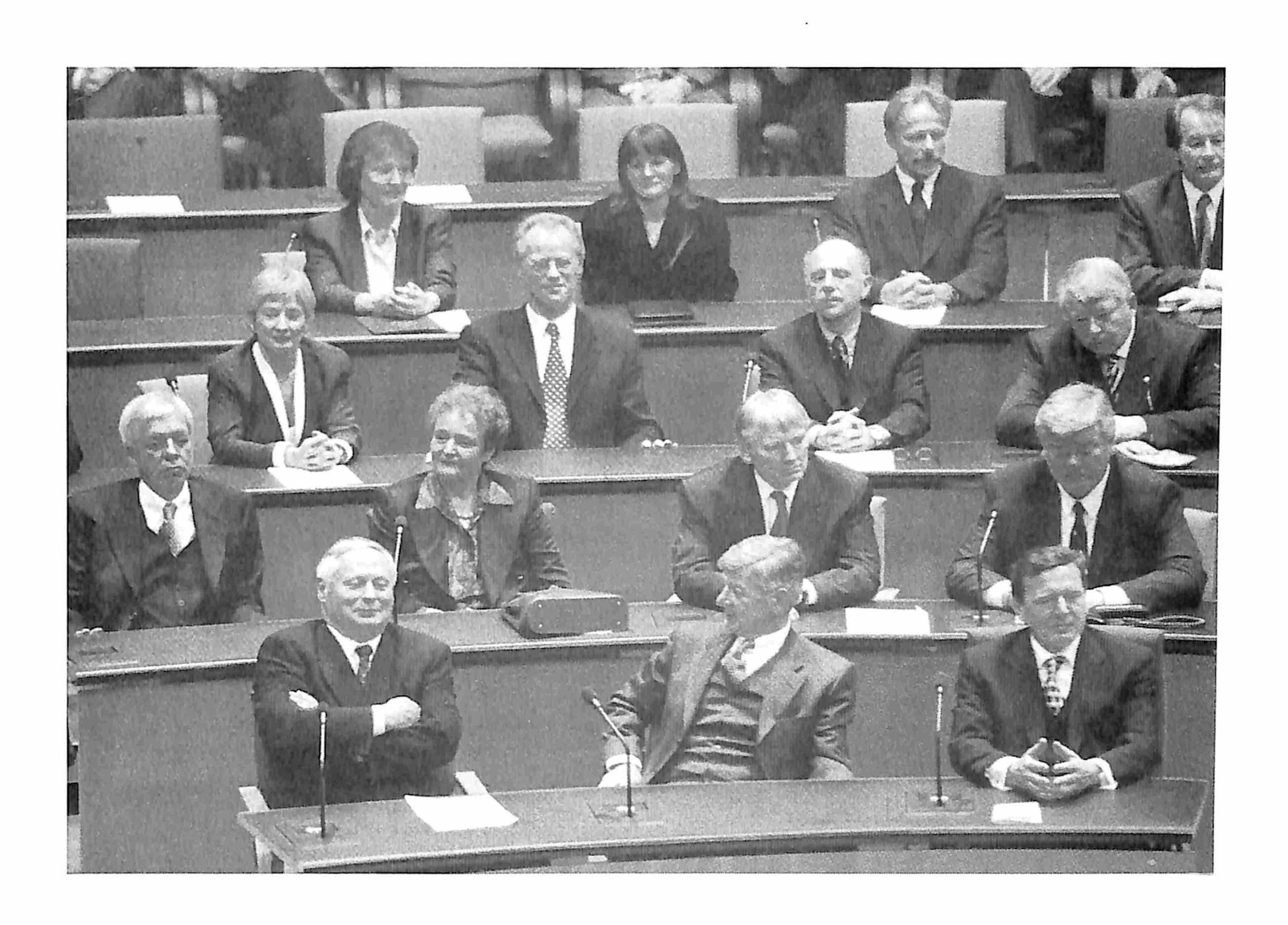
Tilman Schneider (ZAG)



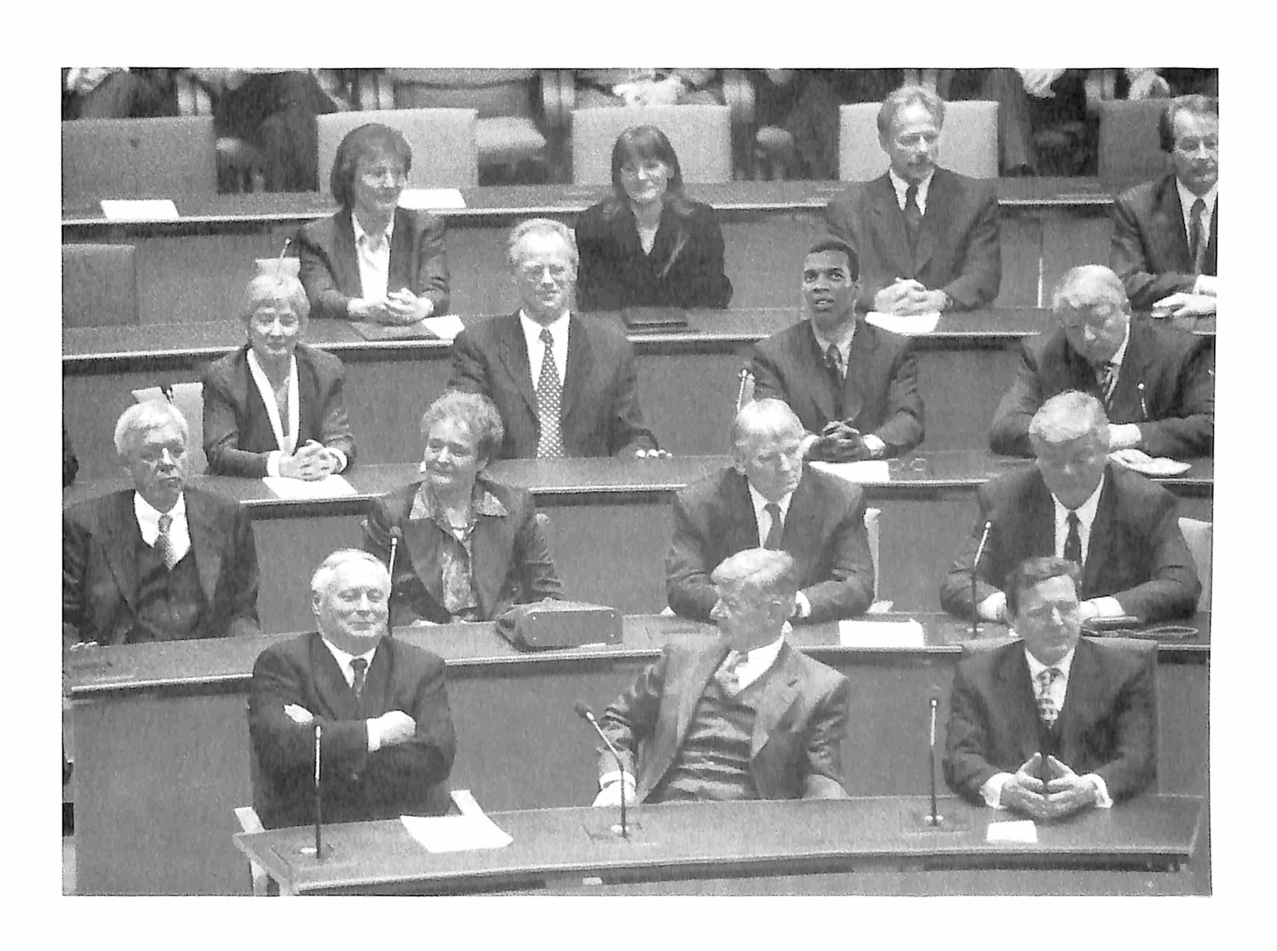
Ein Bild sagt mehr als tausend Worte...



... oder?



Ich seh' etwas, was du nicht siehst!



Das habe ich mit eigenen gesehen!

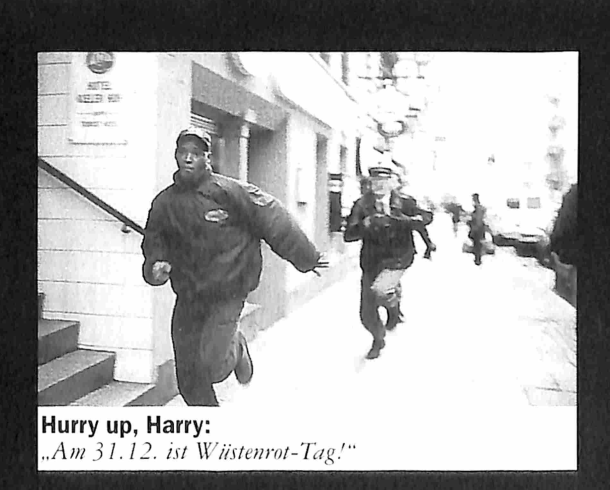

Drogen-Razzia (in Hamburg): *„Dealer mit der vollen Härte des Gesetzes bestrafen“*

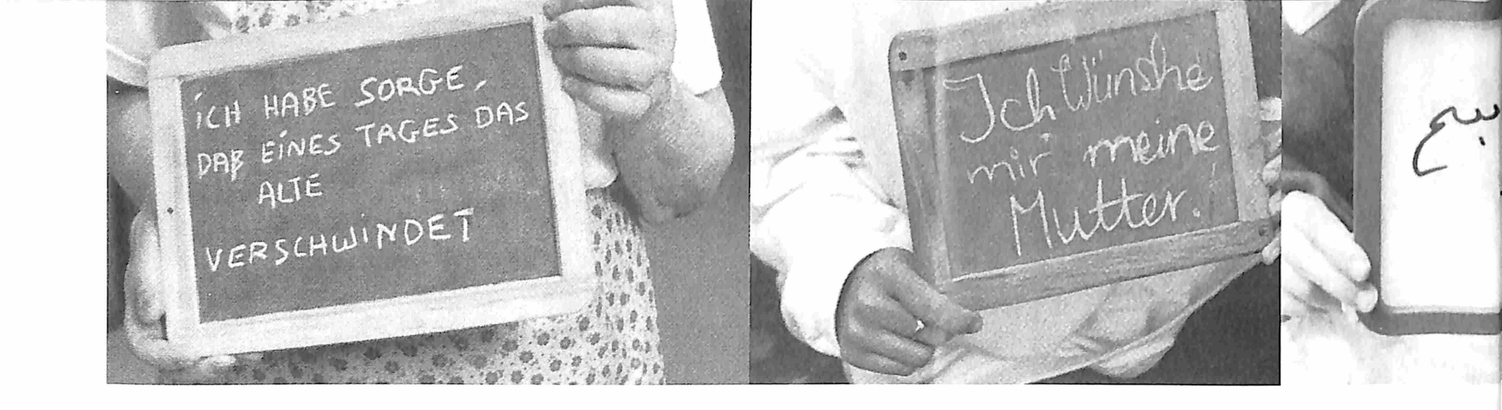

Polizeiliche Hetzjagd (in Hamburg): *„Nur weil ich Schwarz bin, bin ich immer verdächtig“*

Àugen



Minister Scharping (mit Schadensbeweis)


Hurry up, Harry:
„Am 31.12. ist Wüstenrot-Tag!"



Es geht nicht um eine antirassistische Bildsprache, sondern um eine Bildsprache, die den Menschen wertschätzt …

Gespräch mit Ulrike Sommer und Marily Stroux über Bilder, rassistische Bildersprache und Gegenmodelle



Fotos: Marily Stroux



Fotos: Brigitte Pagendamm, Marily Stroux

Ulrike Sommer ist Grafikerin und arbeitete früher bei Rote-Flora-Druck und Propaganda. Heute ist sie in der Bürogemeinschaft Linke Hände – visuelle Kommunikation in Hamburg tätig.

Marily Stroux arbeitet als Fotografin seit Jahren im antirassistischen Spektrum. U.a. zu „Blinden Passagieren“ und mit Kindern auf den „Flüchtlingsschiffen“ im Hamburger Hafen. Als Ergebnis dieser Arbeit zeigte sie schon mehrere Ausstellungen. Zur Zeit ist in Hamburg die Ausstellung „Ängste und Wünsche – Hier und Da“ zu sehen.

ZAG: Gibt es ein antirassistisches Bild?
Ulrike Sommer: Ein antirassistisches Bild per se?
Marily Stroux: (lacht) Was ist antirassistisch?

Stellen wir die Frage mal umgekehrt. Es gibt ganz klar Bilder und eine Bildsprache, die man als rassitisch bezeichnen kann. Gibt es dazu ein Gegenmodell?
Ulrike: Nein. Das, was ich als rassistisch benennen kann, ist aus einer Erfahrung entstanden, wie Bilder benutzt werden. Das, was es geben kann, ist eine Verunsicherung, ein Bruch zu dem, wie Bilder innerhalb einer rassistischen Bildersprache benutzt werden. Wenn ich einen Schwarzen abbilde, ist das nicht per se rassistisch, sondern es wird durch einen bestimmten Kontext und die Art der Darstellung rassistisch. Über den Kontext kann versucht werden, die Wahrnehmung eines Bildes zu verändern.
Marily: Ich habe hier ein kleines Beispiel. Das ist ein Foto, daß durchaus rassistische Klischees erfüllen könnte. Das ist Joan, und sie ist mir sehr nah. Wir waren auf dem Dom und sie mochte diese Teddybären und deshalb haben wir dieses Foto gemacht. Dieses Bild hat eine Geschichte und Joan wird sich dieses Bild später vielleicht mal ansehen und sich an die Situation erinnern, aber sie wird es niemals als rassistisch wahrnehmen. Andere Leute, die sich das anschauen, würden wahrscheinlich sagen, das ist total rassistisch: Niedliches schwarzes Kind mit Püppchen drumherum. Deswegen fragte ich auch: Was meinst du mit rassistisch? „Was rassistisch ist, ist davon abhängig, was du im Kopf hast, wie du Sachen rassistisch siehst oder nicht.

Sicherlich gibt es in der Wahrnehmung eine klare Kontextabhängigkeit, einen gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund. In diesem Sinne gibt es kein neutrales Bild. Wenn man sich aber beispielsweise die Bildsprache der Werbung anschaut, die teilweise sehr stark von Riefenstahlscher Ästhetik geprägt ist, dann wird deutlich: Das ist eine Sprache, in der die Körper nur als Objekt, getrennt vom Menschen, dargestellt werden. Die ZAG hat sich oft die Frage gestellt, ob es zumindest so etwas gibt wie eine reaktionäre und eine emanzipatorische Bildsprache. Oder ist alles immer abhängig vom Kontext und vom Inhalt?
Ulrike: Ich habe am Vorabend der Sonnenfinsternis einen Bericht im Fernsehen gesehen. Ein schön ausgeleuchtetes Olympiastadium in München, leuchtend grüner Rasen und im Stadion nur ein Reporter und fünf schwarze Männer in Baströcken, die trommeln. Ich fand das einfach nur absurd. Das ganze hätte so auch vor fünfzig oder hundert Jahren mit „Negern“ – im Käfig – zum Anstarren vonstatten gehen können. Da hat sich überhaupt nichts an der Bildersprache verändert. Das Ganze wurde dann so erläutert, daß am folgenden Tag auch die Bedeutung der Sonnenfinsternis in unterschiedlichen Kulturen angesprochen werden sollte. Dieser ganze



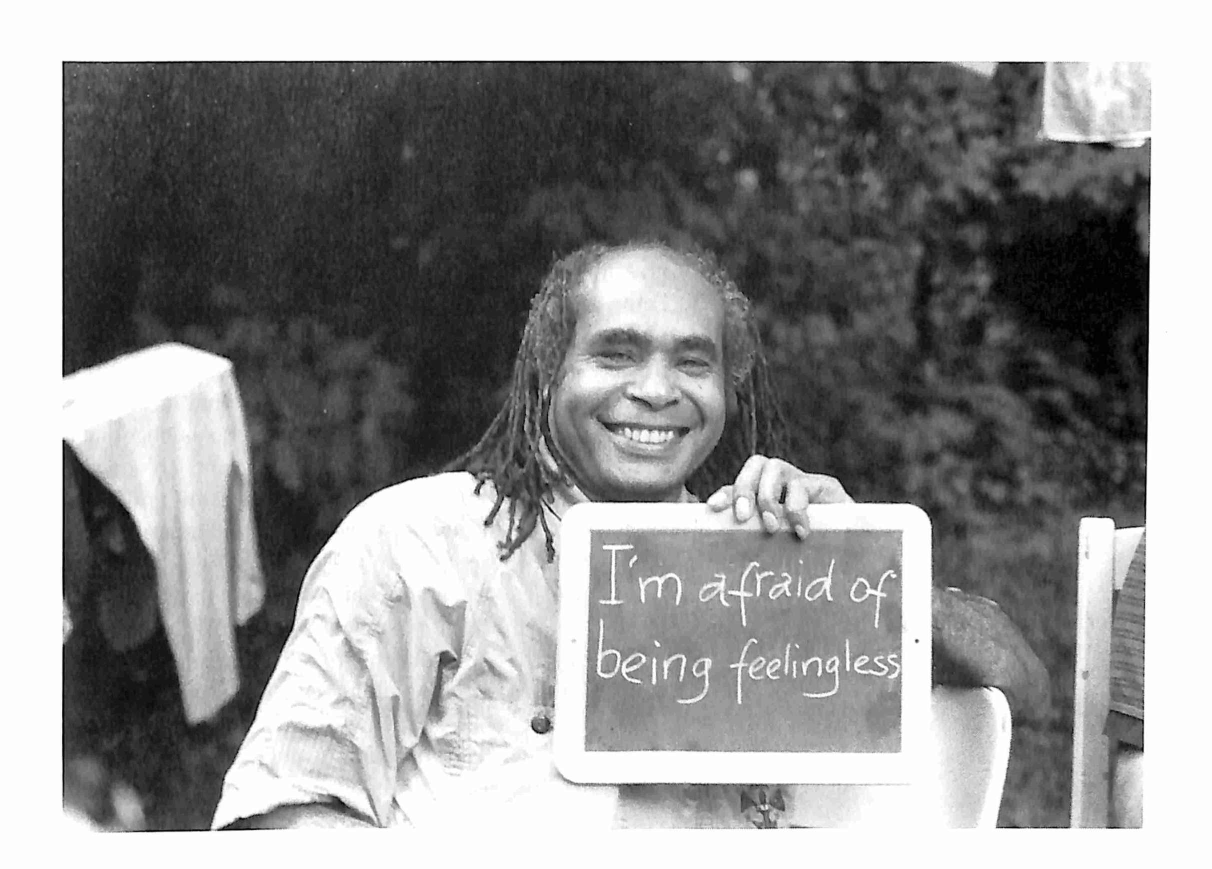
Kontext hat für mich das rassistische Bild aber überhaupt nicht aufgelöst, obwohl es sicherlich einen emanzipatorischen Anspruch gab. Man kann auch heute noch diese Menschen einfach ins Olympiastadium stellen und man hat die Macht über sie.

Wenn das Bild, von dem Marily vorhin gesprochen hat, in irgendeine Werbung ins Fernsehen kommen würde, wäre genau dasselbe Bild etwas total anderes. Es kommt darauf an, wer es benutzt und wofür es benutzt wird. Deswegen glaube ich nicht, daß es per se antirassistische Bilder gibt.

Gibt es denn per se rassistische Bilder?

Ulrike: Nein. Wenn wir versuchen, antirassistische Bilder zu machen, dann arbeiten wir in erster Linie gegen etwas. Ich würde auch eher sagen, daß es nicht um eine antirassistische Bildersprache geht, sondern um eine Bildersprache, die die Menschen wertschätzt, egal welche. Für mich ist die Auseinandersetzung mit Antirassismus und Bildersprache sehr stark gekoppelt mit antisexistischer Bildersprache. Ich glaube, daß dies an vielen Stellen sehr viel miteinander zu tun hat.

Marily: Das finde ich auch. Deswegen habe ich auch noch ein Beispiel mitgebracht. Ich würde es nicht Antirassismus nennen, aber Respekt vor dem Menschen, das ist das, was mir wichtig ist in Bildern. Rassistische Bilder zeichnen sich dadurch aus, daß die Menschen auf Ihnen nur Objekte sind, der Mensch absolut keine Rolle spielt. Ich habe hier die taz von gestern, aber leider hätten wir auch die von vorgestern oder morgen nehmen





können. Ich finde beispielsweise so ein Bild (close up von einer Leiche) total respektlos. Nicht rassistisch, aber respektlos. So ein Bild kann nur jemand in die Zeitung stellen, der keinerlei Bezug dazu hat. Es ist respektlos gegenüber den Menschen, die man abgebildet hat.
Noch ein Beispiel. Das ist eine Frau, die Therapien mit Vergewaltigern macht. Sich ein Gesicht mit einem Teleobjektiv so nah heranzuholen, finde ich respektlos. Wenn ich mir das Foto anschaue, habe ich das Gefühl, als wenn ich der abgebildeten Frau zu nahe gekommen wäre. Es wird eine Nähe vorgetäuscht, die überhaupt nicht da ist. Den menschlichen Blick anders wahrnehmen, das ist das, was ich als antirassistisch bezeichnen würde.

Gibt es dabei ein bestimmtes Konzept, daß Du verfolgst?
Marily: Ich finde es immer total schwer zu sagen, ich mache jetzt ein Konzept. Nur wenn du die Dinge so machst, wie sie dir wichtig sind, dann werden sie auch gut. Und nicht, weil du dir ein Konzept ausdenkst.

Aber ein bißchen Reflexion braucht es doch schon, oder?
Marily: Entweder sie ist da, oder sie ist nicht da. Aber sie wird nicht da sein wegen einem Konzept.

Aber dein Projekt, bei dem Kinder von den Flüchtlingsschiffen mit Kameras ihren Alltag fotografieren, wirkt schon konzeptionell.

Es geht nicht um eine antirassistische Bildsprache, sondern um eine Bildsprache, die den Menschen wertschätzt …

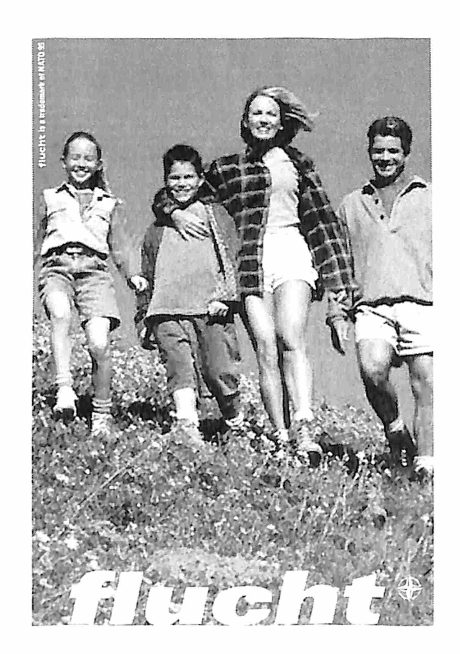
BP AUSSTELLUNG
CIV 80
täglich von 14 - 19 Uhr
auf drei Etagen
Deich[redacted]straße 47
von Fr. 19.02.99 bis Fr. 26.02.99

		Egmont R. Koch »Blinde Passagiere«	1997	30min	ZDF Reportage
1997	15min	»Jackson« Kurzfilm von Marily Stroux + Jochen Kraus			

Fotoausstellung von Jackson Andrews + Marily Stroux »Blinde Passagiere«
»Seeleute vor ihren Schiffen im Hamburger Hafen« Gruppenfotos von Markus Kröger + Markus Dorfmüller

»BLINDE PASSAGIERE«

456464960
45646496-36



Marily: Weißt du, wie das angefangen hat? Das ist Jahre her. Damals haben wir vom antirassistischen Telefon aus ein Kinderzelt vor den Schiffen aufgebaut, wo monatelang immer eine andere Gruppe mit den Kindern Programm gemacht hat. Da habe ich natürlich auch immer Fotos von den Kindern gemacht. Und irgendwann in dieser Entwicklung gab es die Idee, mal etwas anders zu machen und die Kinder das selbst in die Hand nehmen zu lassen. Aber es war nicht so, das ich mir die Schiffe angeguckt habe und mich hingesetzt und nachgedacht habe: aha, da sind Flüchtlinge drin, wie kann ich das umsetzten, in die Öffentlichkeit bringen, sinnvoll und nachvollziehbar. Es ist aus der Entwicklung entstanden, nicht aus einem Konzept. Aber vielleicht ist das auch der Unterschied zwischen griechisch und deutsch? (lacht)
Diese Arbeit hat mit bosnischen Kindern angefangen, als die bosnischen Familien „freiwillig" zurückgehen sollten. Diese Kinder hatten die meiste Zeit ihres Lebens in Hamburg verbracht, sprachen deutsch, gingen hier zur Schule und plötzlich mußten sie weg, wie sie es schon einmal mußten, als sie zwei oder drei waren. Daraus entstand die Idee, was man machen kann, damit das nicht wieder diese „armen Kinder" sind, denen so etwas passiert. Es ist eine lächerliche Kleinigkeit, daß du einen Fotoapparat hast und anfängst, Fotos zu machen. Es ist eine Kleinigkeit, aber gleichzeitig ist es eine Haltung. Denn wenn sie hier in Hamburg schon mit dem Fotografieren beginnen, werden sie in Bosnien, wo sie wieder fremd und neu sind, die Situation dort anders wahrnehmen, wenn sie einen Fotoapparat haben. Weil sie sich daran gewöhnt haben Dinge danach anzuschauen, was ihnen gefällt und was ihnen nicht gefällt, und was sie daraus machen wollen. Also: den Fotoapparat und das Foto nutzen, um eine Haltung zu entwickeln.
Der Gedanke war auch, daß sie ein Fotoalbum anfangen, das sie dann mitnehmen. Daß sie über ihre Trauer und ihren Abschiedsschmerz auch reden und diese Zeit bewußt verbringen. Man hat gemerkt, daß die Kinder dabei auch aktiver und bewußter geworden sind und ihre eigene Situation mehr in der Hand hatten.
Jetzt machen wir einen Fotoworkshop mit Kindern aus dem Kosovo, die als „Kontingentsflüchtlinge" hierher gekommen sind. Das ist ganz anders als mit den Kindern aus Bosnien, die schon lange hier gelebt haben. Die Fotos, die die Kinder auf den Schiffen machen, sind natürlich auch ganz andere Fotos als die, die ich machen würde, weil die ganz andere Sache wahrnehmen als ich. Wenn ich fotografiere, habe ich ein Konzept (lacht). Nein, aber ich habe natürlich meine Gedanken im Kopf. Ich weiß, was ich sehen und fotografieren will und anderen zeigen möchte. Und die Kinder haben natürlich ganz andere Gedanken im Kopf und machen ganz andere Bilder.

In den Medien wird ja gerade in der aktuellen Berichterstattung sehr viel mit bildlichen Klischees gearbeitet. Sei es der Islam, Krieg, Flucht oder Afrika. Diese Bilder arbeiten immer nach denselben Prinzipien, mit denselben Motiven. Die Personen auf Ihnen sind letztendlich beliebig und austauschbar.



Marily: Es wird mit ganz klaren Symbolen gearbeitet. Die Frage, die sich da stellt, ist doch, ob es notwendig ist, Gegensymbole zu entwickeln. Oder reicht es, sich darum zu bemühen die Menschen als Subjekt und nicht als Objekt abzulichten und darzustellen? In Berlin gab es lange Jahre ein Bild als Synonym für Rassismus, auf dem Roma-Flüchtlinge en mas vom Flughafen Schönefeld aus abgeschoben worden sind. Das „antirassistische" Gegenbild dazu waren seilspringende Roma-Mädchen vor dem Reichstag. Das sind natürlich auch wieder Klischees: Kleine fröhliche Mädchen mit großen dunklen Augen.

Ulrike: Ich denke, das Gegenkonzept kann sich nicht auf die Frage beschränken, ob eine Person ernster oder fröhlicher gucken muß. Um noch mal auf das Beispiel aus der taz zurückzukommen. Da ging es um Therapien für Vergewaltiger. Warum muß da überhaupt ein Bild dazu? Kann da nicht einfach darauf verzichtet werden? Das ist ein taktisches Umgehen. Ich kann ja auch ein Bild verweigern.

Es gibt eine Postkarte zum Kosovo, darauf ist das Foto einer „fröhlichen deutschen Familie" mit dem Wort „Flucht". In dem Kontext, daß jeden Tag von Flucht geredet wird, in Zusammenhang mit Menschen aus dem Kosovo, wird das verständlich. Es wird zwar nicht auf Bilder verzichtet, aber das Bild-Klischee von „flüchtenden Frauen und Kindern" wird verweigert. Es geht darum, eine Verunsicherung zu schaffen, denn das Bild paßt nicht zu dem Wort und dem Klischee Flucht.

Bilder zu finden und den Menschen den sicheren Boden zu entziehen, daß sie immer glauben zu wissen, was gemeint ist. Und ohne fertige Antworten zu liefern. Das ist eine Art des Umgangs mit Bildern, die antirassistisch sein könnte.
Gerade in der Linken wird ja gerne auf Klischees zurückgegriffen. Die spielenden Romakinder, die Frau mit Kalaschnikov und Palästinenser-Tuch und vieles andere mehr. Es gibt Stereotype, die immer wieder eingesetzt werden, weil es auch eine Ratlosigkeit gibt. Was ich sehr wichtig finde, ist, sich auch mit Medien und Medienrezeption auseinanderzusetzen und jetzt gerade auch mit neuen Medien wie dem Internet. Es ist wichtig, sich die Medien anzueignen und einen Umgang damit zu finden.

In den letzten Jahren sind immer mehr linke Projekte ins Internet gegangen. Dieses „Wir müssen ins Internet", obwohl niemand so genau wußte, warum. Parallel dazu gibt es die Entwicklung, daß linke Zeitschriften immer mehr auf das Layout achten, die Gestaltung moderner und „zeitgeistiger" wird. Besteht da nicht auch ein Stück weit die Gefahr, sich in der Technik und in gestalterischen Mitteln zu verlieren?
Ulrike: Nein. Ich denke, es geht gerade darum, bei jedem Projekt die gestalterischen Mittel so einzusetzen, daß genau das rüberkommt, was du möchtest. Durch die Digitalisierung und das Internet gleitet dir das, was Du machst, immer mehr aus der Hand, weil es immer wahlloser verbreitet werden kann. Du kannst immer weniger kontrollieren, wohin ein Bild gelangt und was damit irgendwer macht.
Deshalb muß ich versuchen, einen Kontext für ein Bild so zu machen, daß das Bild so verstanden wird, wie ich es verstanden haben will, ohne darauf zu schreiben: „da ist ein schwarzer Mensch zu sehen, und ich möchte nicht, daß er rassistisch wahrgenommen wird." Bei der Umsetzung stellt sich nicht das Problem, sich in gestalterischen Mitteln und Möglichkeiten zu verlieren. Du mußt mit den Medien umgehen können und etwas über ihre Funktionalität und Verbreitung wissen. Die Gefahr, sich zu verlieren, gibt es in allen Medien und ist schon immer passiert.
Marliy: Es gibt ein Foto von mir, wo eine Hand aus dem Wasser ragt und eine Aufenthaltsgenehmigung hochhält. Ich habe es mehrmals erlebt, daß Leute, die mit dem Computer arbeiten davon ausgehen, daß es ein computermanipuliertes Bild ist. Dieser Verlust von Wahrnehmung, von Realität oder wie immer du das nennen willst. Ich weiß wie ich das Foto gemacht habe, wie ich die Idee gehabt habe und wie es entstanden ist. Aber jeder der mit dem Computer arbeitet kann jederzeit so ein Bild nachmachen. Aber es hat dann einen anderen Sinn, weil es nicht mehr real ist, es ist nicht wirklich passiert. Alles kann simuliert werden. Das ist das Brisante daran, dieser Verlust von Glaubwürdigkeit, von Realität.
Ulrike: Die Medien bringen dich immer mehr davon ab, tatsächlich jemanden gegenüber zu sitzen und mit ihm zu kommunizieren. Aber meiner Meinung nach ist das allerwichtigste, wenn ich nicht rassistisch sein will, daß ich versuche, mich einer Person anzunähern und sie als Menschen zu begreifen. Was oftmals mit Bildern passiert, ist ein „Handhabbar machen", ein Verlust von Nähe und direkter Auseinandersetzung und Kontakt. Deshalb ist es auch wichtig, daß Marily sehr viel Wert darauf legt, Kontakt zu den Leuten zu haben, die sie fotografiert. Und ich glaube, daß das `rüberkommt in den Bildern. Das bestimmt auch den Umgang danach. Wenn ein Journalist loszieht und Fotos „schießt" ...
Marily: ... dann sind auch wirklich alle tot auf den Bildern ...
Ulrike: ... und sie kommen in die Zeitung um einen Sachverhalt darzustellen. Die Menschen auf den Bildern sind eigentlich wurscht. Das finde ich ziemlich bitter.

Aber das Problem das im digitalen Zeitalter doch bleibt ist, daß Du nach einer Veröffentlichung kaum noch Kontrolle darüber hast, in welchen Kontext Bilder gestellt werden oder wie sie manipuliert werden.
Ulrike: Ein Aspekt dieser Entwicklung ist, daß die Bilder immer weniger kontrollierbar sind. Es ist natürlich eine Frage ob es überhaupt möglich ist, Bilder zu kontrollieren, die du in die Öffentlichkeit gibst. Auch viele rassistische Bilder sind mittlerweile Chiffren, und die zu durchbrechen, ist wirklich schwer.
Marily: Was ich mir in diesem Zusammenhang wünschen würde, ist, daß die Fotos so eine Stärke und Aussage besitzen, daß, egal wie sie benutzt werden, die Aussage klar bleibt und nicht veränderbar ist.
Ulrike: Meinst du, das geht?
Marily: Es ist ein Wunsch.

Gespräch: Markus Stilo/Jürgen Temming (ZAG)





Zum Weiterlesen

Menschenfresser, Negerküsse

Das Bild vom Fremden im deutschen Alltag

Die Idee, sich mit der Darstellung fremder Menschen in der deutschen Alltagskultur in Form einer Ausstellung öffentlich auseinanderzusetzen, stammt von der Ethnologin Anne Bennert. In der Zusammenarbeit mit der Werkstatt Ethnologie Berlin e.V. begannen 1987 die Vorbereitungen zur Ausstellung, die ab Anfang 1992 in Deutschland zu sehen war.

Eine Vollständigkeit wurde nicht angestrebt, weder hinsichtlich der betroffenen Ethnien und der entsprechenden Klischees noch in Bezug auf die Bildträger und -vermittler. Im vorliegenden Buch werden durch die verschiedenen Beiträge das tradierte und „moderne" Bild des Fremden im deutschen Alltag aufgezeigt. Bei der regionalen Abgrenzung der Themen erfolgte eine Begrenzung auf die „außereuropäischen Fremden". Die Autoren schlossen damit viele andere, ebenfalls mit Vorurteilen beladene Gruppen aus.

Da seit jeher Menschen in eine ungewisse Fremde aufgebrochen sind, ist Reisen keineswegs eine Erscheinung unserer Zeit. Sie waren auf der Suche nach einem Paradies und einer Gesellschaft in der ein „friedvolles Miteinander" herrscht. Die Reiseberichte der Entdecker schufen neue Paradiese im Diesseits. In diesen irdischen Paradiesen lebten „körperlich wohlgeformte" und

„friedfertige“ Menschen. Es wurde das Bild vom „Guten/Edlen Wilden gezeichnet. Mit der beginnenden Ausbeutung der neuentdeckten Länder wandelte sich das Bild von den „edlen Wilden“, die zu „rohen Barbaren“ erklärt wurden. Man mußte ja schließlich die mit der Eroberung einhergehenden Greueltaten rechtfertigen. In klerikalen Kreisen wurde sogar diskutiert, ob diese Heiden den Menschen oder dem Tierreich zuzuordnen seien. Als neue Objekte der Missionierung wurden sie schließlich doch dem Menschenreich zugeordnet. Im Zeitalter der Aufklärung wurde die unterschiedliche Entwicklung der Kulturen durch klimatische Gegebenheiten oder auch wirtschaftliche Kriterien erklärt. Die daraus entstehenden Erklärungsmuster verwiesen die sogenannten Wilden auf die unterste Stufe der Entwicklungsskala, während die Europäer an die Spitze gestellt wurden. Kurz nach der Gründung des Deutschen Reiches begannen in Deutschland die Völkerausstellungen. In dramaturgisch aufwendigen Inzenierungen wurde dem europäischen Publikum der exotisch anmutende Alltag der „Fremden“ vorgeführt. Insbesondere Reiterspiele, Waffenkämpfe, Tänze und Gesänge übten eine große Fazination auf das europäische Publikum aus. Das erklärte Ziel dieser Ausstellungen war, die Bevölkerung für Kolonialinteressen zu gewinnen. In diesem inszenierten Kulturvergleich wurde auch deutlich gemacht, wie weit der Zivilisierte die Primitivität überwunden hatte. Damit einhergehend entwirft die Wissenschaft durch die Rassentheorien ein der Rechtfertigung dienliches Bild des Afrikaners, in dem Körperbau und Hautfarbe als diskriminierendes Kriterium eingesetzt werden. Das Lied von den „Zehn kleinen Negerlein“ (erschienen 1898) spiegelt die Haltung Afrikanern gegenüber wider – die Negerlein sind zu dumm zum Überleben. Anfang des Jahrhunderts entsteht der expressionistische Roman „Der Neger“, dessen Held, Jazzdrummer, Rauschgifthändler und Gentleman, am Ende die Hure mit Namen Europa ermordet. Auch Künstler der Brücke sahen in der afrikanischen Kunst eine ursprüngliche und kreative Formgebung die man bei europäischen Künstlern vermißt. Diese Ansichten entstanden im Gegenzug zu dem negativen Bild der Rassentheorien. Inzwischen werden schwarze Tänzer und Sänger gefeiert, deren Vitalität bewundert wird. Schwarze machen sich einen Namen in der Sportwelt, diese Bewunderung endet aber zumeist an den Grenzen der Sportarenen.

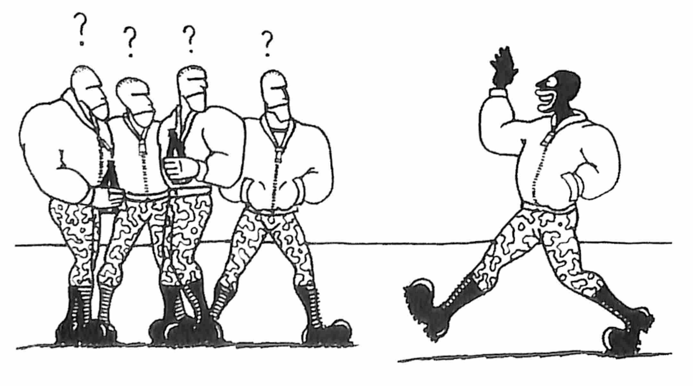


Dieses eurozentristische Wertbild wurde nicht nur Afrika übergestülpt, sondern auch China. Es wurde im Westen anfänglich als ein kultiviertes Reich mit einem gesitteten Staatswesen angesehen. Mit der kolonialen Eroberung und dem Eindringen von Händlern und Missionaren wandelte sich das Interesse, und die einstmals positive Bewertung wurde ins negative umgekehrt. Die in den sogenannten Opiumkriegen erzwungene Öffnung Chinas für den europäischen Markt und der Machtzerfall im Inneren bescherte den Europäern einen weiteren Pluspunkt in ihren Überlegenheitsvorstellungen. Legitimiert durch Theorien über die Minderwertigkeit der „gelben Rasse“ und einer angeblichen Bedrohung durch die asiatischen Menschenmassen („Gelbe Gefahr“) leiteten die europäischen Mächte ihren „zivilisatorisch-politischen Auftrag“ zur bewaffneten Expansion ein. Verfolgt man die China-Wahrnehmung der letzten 300 Jahre, so spiegeln sich in den Darstellungen von Chinesen drei Grundtypen wider, die je nach Blickwinkel und wechselndem Interesse eingesetzt werden. Diese sind der ewig lächelnde Kuli mit dem Kegelhut, der konfuzianisch gebildete Beamte (rundes Gelehrtenkäppchen und schütterer Bart) und der schlitzäugige Finsterling (Dr. Fu Manchu). Bis heute finden diese Grundtypen in popularisierter und modifizierter Form im Trivialbereich ihre Verwendung.

Dieses Buch macht Unbewußtes bewußter, Vorurteile werden vor ihrem historischen Hintergrund beleuchted und bis in die Gegenwart, bis in unserem Alltag verfolgt. Deshalb unbedingt lesen und anschauen, denn Vorurteile haben immer die anderen, ich aber nicht.

Elke Frye (ZAG)

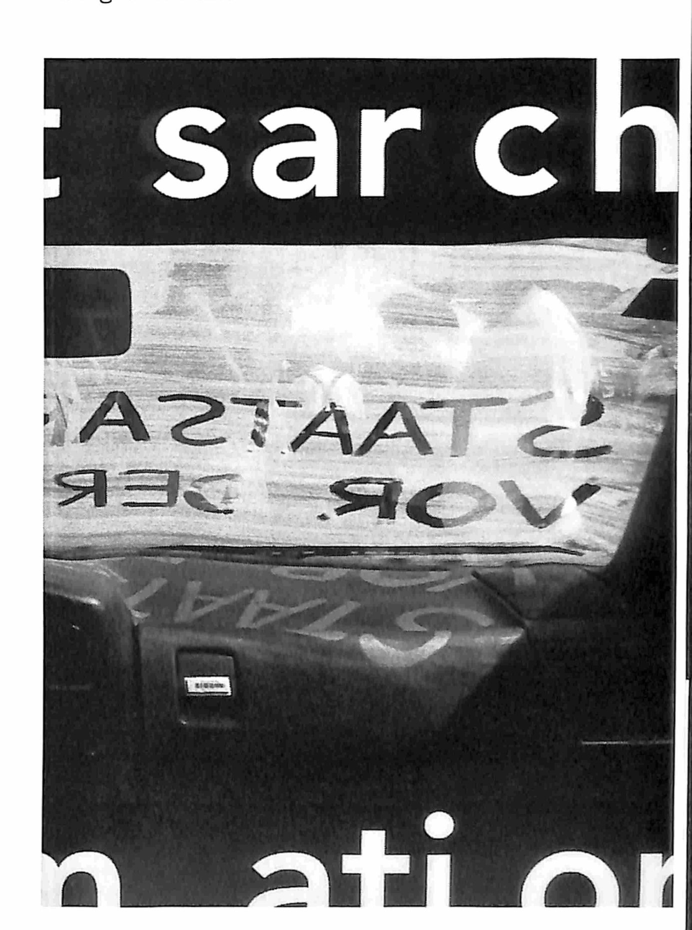
Menschenfresser – Negerküsse..: Das Bild vom Fremden im deutschen Alltag, Marie Lorbeer; Beate Wild (Hrsg.) – Berlin; Elefanten Press, 1991. ISBN 3-88520-394-4



«Vor der Information» Staatsarchitektur

„Ich habe Bedenken, wohin uns so ein Roundtext in einer theorielastigen Veröffentlichung führen wird. Solche rein textuellen Projekte – die sich zudem immer wieder auf sich selbst beziehen, sich abgrenzen, ihren Standpunkt erneut verteidigen – driften leicht in elitistische Sprache, elfenbeinturmhafte Distanz zu tatsächlicher Arbeit mit MigrantInnen und daraus resultierende Selbstbeweihräucherung bzw. –zerfleischung ab." (Birgit Hußfeld; S. 77)
Gleichwohl schreibt Birgit Hußfeld für «Vor der Information» – „Staatsarchitektur".Dies liegt wohl mit daran, daß der Spagat ein theoretisches Fundament zu schaffen und trotzdem genug Raum der Darstellung und Reflexion praktischer Arbeit von Initiativen zu geben der «Vor der Information» gelingt. Ein Kern des Bandes liegt darin, vier AutorInnen zu einer Debatte einzuladen. Dies geschieht durch die Anregung eines Diskurses. Es werden von den AutorInnen Roundtexte verfasst, diese werden untereinander kommentiert und im dritten Schritt werden die Kommentierungen repliziert. Dadurch, daß die HerausgeberInnen von «Vor der Information» sich zwei Jahre Zeit für den Band „Staatsarchitektur" gegeben haben ist dieser Prozeß nicht linear und der Band muß so auch nicht gelesen werden.

Insgesamt wird in „Staatsarchitektur" ein Hauptaugenmerk auf die Kritik an restriktiven staatlichen Migrationspolitiken gelegt. „Am Beispiel Deutschlands, Österreichs und der Schweiz werden die ökonomischen, kulturellen und sozialen Aspekte dieser Politiken einer Untersuchung unterzogen. Anhand feministischer Theorie und Praxis, sowie durch die Vernetzung unterschiedlicher Wissens- und Praxisfelder sollen Möglichkeiten antirassistischer Arbeit, diesen Politiken entgegenzutreten, diskutiert und weiterentwickelt werden." (Jo Schmeiser; Editorial, S. 14) Dabei geht es um die Analyse völkischer Tradition, restriktiver Migrationspolitik, die Demontage struktureller Rassismen und die Infragestellung und Neudefinition der Repräsentationspolitik. Hier steht auch die Auseinandersetzung mit zugrundeliegenden Rassismen der Mehrheitsgesellschaft, die in den offensichtlichen Formen, aber auch in ihren subtileren Ausprägungen analysiert werden.
Wie oben erwähnt, beschränkt sich der Band nicht in der theoretischen Analyse, sondern läßt zahlreiche Initiativen zu Wort kommen. Versucht wurde dabei, daß diese sich an einem entwickelten Fragenkatalog orientieren sollten, um so eine Bezugnahme der Texte zueinander zu erreichen. Nicht zuletzt wird auch der Diskurs in den Medien betrachtet. Dabei geht es um Gegendarstellungen und Gegenstrategien dazu, wie das Thema in den Medien verhandelt wird. Auch eine Kritik, der durch Spiel-, Experimental- und Dokumentarfilme und durch künstlerische Produktionen entstandenen „anderen" Bilder wird versucht.
In diesem Zusammenhang wird die Herangehensweise engagierter Projekte kritisiert, die unter dem Begriff der MigrantInnen ausschließlich Flüchtlinge, AsylantragstellerInnen sowie „Illegalisierte" fassen. So werden migrantische Positionen in unmittelbarer Nähe der „Besserweissis" ignoriert. Sie verweist trotz u.U. vorhandener Staatsbürgschaft wieder auf den Status „unerwünschter" EinwanderInnen zurück und rekonstruiert Ausschlußmechanismen der Mehrheitsgesellschaft.



«Vor der Information» Zeitschrift für Kunst, Film, Politik und Theorie, Nr. 7/8 Staatsarchitektur. Wien 1998. ca. 350 Seiten, öS 220,-/DM 32,-/sfr 28,- (excl. Versand). Bestellungen: Tel./Fax: +43/1/ 319 05 61. email: vor.ri@eunet.at

Vom Schlagbaum zum Schleppraum

„Kriminalitätsimport": Ein neuer Begriff für die alte Leier

„Kriminalitätsimport"

Konzeptionell kaum durchdacht und wenig plausibel publiziert die Bundesakademie für Sicherheit zehn Referentenbeiträge (und einen Abgesang der Bundesjustizministerin a.D, Leutheusser-Schnarrenberger) zum Thema „Kriminalitätsimport". Den Autoren ist – das sei zu ihrer Ehrenrettung gesagt – anzumerken, daß sie der vorgegebenen Einteilung in „unechte Ausländerkriminalität" (die Verdächtigen sind in Deutschland aufgewachsen), „Ausländerkriminalität" (die Personen anderer Nationalität begehen Straftaten beim Besuch der Bundesrepublik) und „importierter Kriminalität" (Ausländer überschreiten die Grenze, um Straftaten zu begehen) kaum selbst zu folgen vermögen. Auch empirisch ist mit einer solchen Einteilung wenig anzufangen. Brauchbare Daten stehen auf tönernen Füßen oder gleich gar nicht zur Verfügung. So suchen einige der Autoren ihr Heil im trüben Dilettantentümpel „Organisierter Kriminalität" (vgl. ZAG Nr. 30).

Worum geht es?

Dem Botschafter a.D. und heutigen Präsidenten der Akademie, Günter Joetze, geht es um „die Kardinalfrage (...), ob Deutschland in der Europäischen Union hinter einem Damm gegen Armut und Instabilität leben kann und dieser Damm an der Oder, am Bug oder etwa noch weiter östlich errichtet werden soll und ob er weiter im Süden in Thrakien und Apulien etwa, jemals dicht genug gebaut werden kann." Zur Klärung trägt der Band nichts bei, – für die Frage aber ist man dankbar.

Warum also könnte es lohnend sein, hineinzuschauen?

Vielleicht, weil Detlev Frehsee unlängst darauf hingewiesen hat, daß „Massenfilterungsverfahren der Raster-, Schleier-, Schleppnetzfahndung oder Massengenomanalysen nicht mehr der Ermittlung von Schuld dienen, sondern von Unschuld" (in: Neue Kriminalpolitik 1/99: 16). Und dafür bietet der Band zahlreiche Belege. Das gilt auch für einen anderen Sachverhalt. Denn daß die neuen Kontrollstile sachlich oder räumlich flächendeckend sind, belegt im vorliegenden Band dezidiert Thomas Feltes, Rektor der Polizeihochschule in Villingen-Schwenningen. „Anlaßlose Kontrollen", zu ihnen gehören die in Berlin gerade durchgestimmten „anlaß- und ereignisunabhängigen Kontrollen", kritisiert er in Hinblick auf rechts-, staats- und kriminalpolitische Probleme. Seine kritische Bilanz für Bayern und Baden-Württemberg gilt auch den niedrigen „Erfolg"sraten – zu einem klaren Nein mag er sich nicht durchringen.

Alte Kämpen kommen zu Wort:

Der emeritierte Juraprofessor Klaus Rolinski (Jahrgang 1932) etwa, Anfang der 80er an BKA-Studien zum Verhältnis von Architektur, Städtebau und Kriminalität beteiligt (eine damalige Parole in Berlin: „BKA plant, IBA baut"). Er weiß Kritisches über Ausweisung und Abschiebung zu berichten: Es gäbe keine systematisch ausgewerteten Daten über „den Zusammenhang von Ausländerkriminalität und Ausweisung/Abschiebung (...), selbst die (im Ausländerzentralregister, V.E.) elektronisch gespeicherten Daten werden nicht publiziert. Als Grund hierfür kursiert die Hypothese, wonach die gesammelten Daten so mangelhaft seien, daß man eine Überprüfung durch die Öffentlichkeit nicht wagen kann" (130).

Der ewige Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, Reinhard Rupprecht (Jg. 1934) macht sich Gedanken zum „Instrumentarium des Rechtsstaates." Der Präsident des Grenzschutzpräsidiums Ost, Bernd Walter (Jg. 1939) hält die Fahne der Kollegen hoch: „Der Bundesgrenzschutz ist die erfolgreichste Fahndungspolizei der Bundesrepublik Deutschland schlechthin" – Und weiter: „Der Grenzschutz ist heute nicht mehr die statische Grenzliniensicherung, sondern ein raumbezogenes, grenzüberschreitendes Sicherheitskooperationssystem" (172).

Auch in Summa ist der Band kein aktueller Beitrag zu diesem Problemkomplex, sondern eher ein leider langweiliger Beleg für die Auslaugung rechtsstaatlicher und bürgerrechtlicher Aspekte nach innen wie nach außen – unter einer unergiebigen neuen Überschrift. Noch einmal Bernd Walter-Cicero (151): „Omne malum nascens facile opprimatur (Alles Übel ist im Entstehen leicht zu unterdrücken)."

Volker Eick

Martina Huppertz/Volkmar Theobald (Hrsg.Innen) 1998: Kriminalitätsimport (Schriftenreihe zur Neuen Sicherheitspolitik, Band 17), Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin, 212 S., DM 39,80



Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister, Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Walddorfpädagogik

Die Esoterik gehört garantiert zu den problematischeren virulenten Weltanschauungen. Eine ihrer wichtigsten Strömungen stellt die Anthroposophie dar, die auf den Ideen Rudolf Steiners gründet. Am bekanntesten dürften die Waldorfschulen und -kindergärten sein, die in der Bundesrepublik mit staatlicher Unterstützung wohl die wichtigste Propagandaabteilung dieser Sekte darstellen. Mit prominenten Unterstützern, wie Otto Schilys, der aus einer Anthroposophenfamilie stammt und dessen Bruder Konrad, der Leiter der anthroposophisch beeinflußten privaten Elite-Universität Witten ist, haben es die AnhängerInnen Steiners immer recht gut verstanden, von den okkulten Hintergründen abzulenken und der Anthroposophie ein harmloses, ja positives Bild zu verpassen. Eine Sekte, deren Vorstellungswelt sich aus Engeln, Dämonen, Volks- und Rassegeistern zusammensetzt, eine Wurzelrassenlehre enthält und die mit einer ganzen Reihe als Einzelfälle bezeichneten Rassisten und Nazis aufwarten kann. Dem prominentesten Einzelfall, Rudolf Steiner, gelten dabei die intensivsten Bemühungen des anthroposophischen Waschsalons. Eine eindeutige Distanzierung von den chauvinistischen, rassistischen und antisemitischen Positionen führender Antroposophen, allen vorneweg der Rudolf Steiners, ist nie erfolgt und wird es auch kaum geben, haben doch die „Einzelfälle“ nie aufgehört. Die an der Universität Witten/ Herdecke am Institut für Evolutionsbiologie und Morphologie arbeitenden Klaus-Peter Endres und Wolfgang Schad bezeichnen „Rassenkunde“ als Wissenschaft. Die Klage gegen die Neuauflage von „Das Rätsel des Judentums“ des Anthroposophen Ludwig Thieben von 1931 wurde zwar von der schweizerischen Staatsanwaltschaft im Mai '98 eingestellt, sah aber durchaus „eine abstruse allgemeine rassistische Blut- und Religions- bzw. Geistestheorie“ am Werk. Das Verbot der anthroposophischen Projekte im NS-Faschismus ist auf die Konkurrenz der in ihren Zielen unterschiedlichen rassistischen Ideologien begründet. „Die Anthroposophie fordert nicht dazu auf, angeblich Minderwertige zu ermorden oder zu versklaven, sondern sie quasi zu missionieren, (...) damit sie im nächsten Leben als entwicklungsfähigere Weiße auf die Erde kommen.“ (S. 133)
Diesem Buch wird mit Sicherheit alles vorgeworfen werden, von Spitzfindigkeit über Aufbauschung bis zur manipulativen Falschinterpretation. Es trifft zu gut.

Bierl, Peter. Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1999, 32,– DM, 269 S.

Die soziale und rechtliche Situation von Flüchtlingen, Grundlagen für die Praxis

Die Sonderausgabe ist auch für nicht in Niedersachsen Siedelnde hoch interessant, da sie die aktuellen rechtlichen Grundlagen des Asylrechts ebenso umfaßt, wie die für das Asylverfahren notwendigen Kenntnisse. Sie richtet sich also an alle in der Beratungsarbeit Aktiven.

Loos, Karin. Die soziale und rechtliche Situation von Flüchtlingen, Grundlagen für die Praxis, in Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen 4/99, Heft 62. Der Band muß direkt beim Flüchtlingsrat Niedersachsen bestellt werden, da er nicht über den normalen Verlagsvertrieb zu beziehen ist. Redaktion „Flüchtlingsrat“, Nds. Flüchtlingsrat, Büro Gö, Lange Geismar Str. 73, 37073 Göttingen, Fon 05 51/ 5 88 92, Fax 05 51/ 5 88 98, E-mail akasylgoe@t-online.de


ISSN 1433-4488 H 43527 FLÜCHTLINGSRAT
Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen
Ausgabe 4/99
Heft 62
Juli 1999

Karin Loos

Die soziale und rechtliche Situation von Flüchtlingen

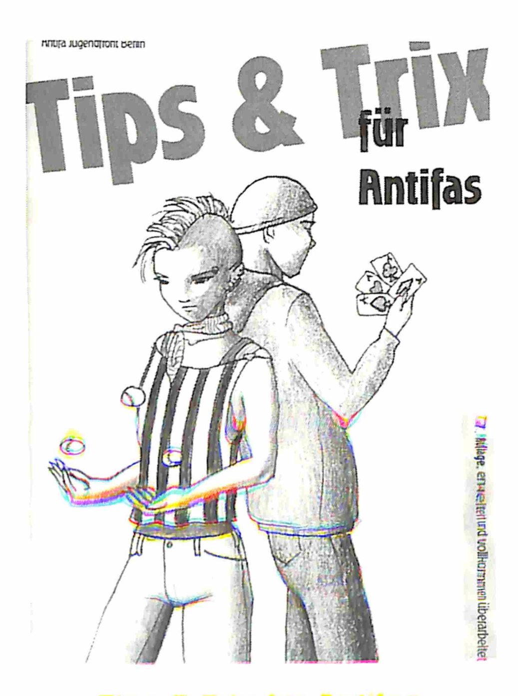
Grundlagen für die Praxis



Handbuch zur Kampagne „kein mensch ist illegal"

Das Handbuch „kein mensch ist illegal" stellt die wichtigsten Aspekte praktischer Unterstützungsarbeit für illegalisierte Flüchtlinge und MigrantInnen vor. Es werden die Erfahrungen der Kampagne bilanziert und Perspektiven einer „Legalisierung von unten" diskutiert.

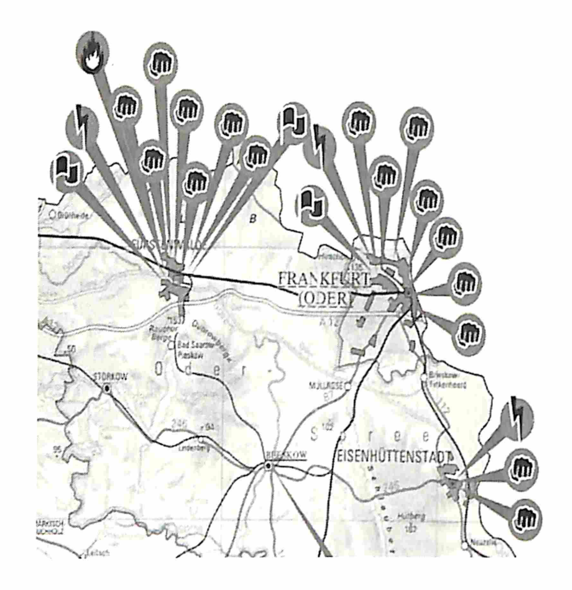
cross the border (hg.), kein mensch ist illegal, ein Handbuch zur Kampagne. Erhältlich ist es im Buchhandel oder direkt beim ID Verlag. Für die 144 Seiten werden 15,– DM fällig.



Tips & Trix für Antifas

Die aktualisierte Broschüre der Antifa Jugendfront (AJF) gibt wichtige Hinweise für die verschiedenen Bereiche der Antifa-Arbeit. Von der Gruppengründung über Sicherheitsvorkehrungen und dem Verhalten bei Festnahmen bis zur Produktion einer Zeitung. Die gesammelten Erfahrungen sollen eine Hilfestellung für die Praxis darstellen und stellen keinen „theoretischen Mist" dar.

Antifa Jugendfront (Hg.), Tips & Trix für Antifas, AJF-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 4,– DM/ Stück. (Mengenrabatt)



Ethnische Säuberungen

In Zusammenarbeit mit der AG Antirassismus der Uni Potsdam dokumentiert die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) in der auf deutsch und englisch erschienenen Broschüre „Ethnische Säuberungen" rassistische und faschistische Übergriffe und Aktivitäten in Berlin und Brandenburg in den letzten Jahren. Der Dokumentation liegen Veröffentlichungen in der Presse und vor Ort tätiger Initiativen zugrunde. Daß die Zahl der Übergriffe dreimal höher ausfällt, als die vom Innenministerium veröffentlichte, verwundert nicht. Hintergründe zu Akzeptierender Jugendarbeit, Abschiebehaft und bspw. den Reaktionen in den Orten, wo die Asylbewerber aus Brand, nach der Auflösung des dortigen Heimes, untergebracht werden sollen, sind beigefügt und mit einer deutlichen Positionierung versehen. So mündet die Einleitung in der Forderung nach einem internationalen Boykott von Berlin und Brandenburg. Das geht dann nicht ganz so weit, wie das zitierte Time-Magazine, welches die Stationierung von NATO-Truppen zum Schutz vor „ethnischen Säuberungen" forderte. Wobei zum einem das Ergebnis Kosovo einiges über die Wirksamkeit von „humanitären Interventionen" aussagt und zum anderem dann auch geklärt werden müßte, wo das deutsche Kontingent stationiert wird.

Ethnische Säuberungen, AG Antirassismus, c/o Referat, Uni Potsdam, Postfach 60 15 53, 14415 Potsdam, oder: E-mail: aab@mail.nadir.org. Die Broschüre ist auch als Ganzes im Internet: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab/es/

Pressemappe zu dem Vorgehen des BGS gegen die TaxifahrerInnen

Die „Antirassistische Initiative Berlin" hat zusammen mit der „Forschungsgesellschaft Flucht und Migration" eine Pressemappe zu den Taxi-Prozessen herausgebracht, durch die die Berufsgruppe der Taxifahrer in den Grenzgebieten zur Zusammenarbeit mit dem BGS gezwungen werden sollen.

ARI e.V. Berlin/ FFM, Pressemappe zu dem Vorgehen des BGS gegen die TaxifahrerInnen. Sie kann bei der ARI, Yorckstr. 59 HH, 10965 Berlin geordert werden.



Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
Nr. 28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
Nr. 29 Sport und Rassismus

1999
Nr. 30 Das Ende der Tabus
Nr. 31 Gesundheit als Privileg

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues AntiraTelefon
0951/603 08 74

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30h-21h, di 19-21h,
do 17–19h

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13 & di 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15–19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10–12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/– antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo–sa 19–20h, so 20–21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo–sa 9–23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di,
18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr......... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 24,– DM.

❒ Auslandsabo zu 35,– DM
❒ Förderabo in Höhe von..........DM.
❒ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1997 (Nr. 22–25) oder
❒ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

❒ Ich benötige eine Rechnung
Name: ....
Straße: ....
Ort: ....
Datum:.................... Unterschrift....................

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 24,– DM, (Ausland 35,– DM) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Wiederverkauferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.